

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt im Südsudan

vom 30. Juli bis 28. August 2011

„Building a Nation – der Südsudan auf dem Weg zum Staat“

Von Daniel Pelz

Südsudan, vom 30. Juli bis 28. August 2011



Inhalt

| | |
|--|-----|
| 1. Zur Person | 379 |
| 2. Einführung: Ein gescheiterter Staat? | 379 |
| 3. Das Projekt | 380 |
| 4. Ankunft in einem neuen Staat | 383 |
| 5. Neues Land, neue Formalitäten | 385 |
| 6. Recherchen bei Gesprächspartnern ohne Namen | 387 |
| 7. Der Warlord von Nebenan | 388 |
| 8. „Sicherheitskräfte tragen zur Unsicherheit bei“ | 390 |
| 9. Vom Rebellen zum Polizeibeamten | 391 |
| 10. Fahrt in die Geschichte | 394 |
| 11. Der Brotkorb des Südsudan | 395 |
| 12. Armut mitten im Reichtum | 396 |
| 13. Staat mit Aufgabenteilung? | 399 |
| 14. Quadbiking in Sambia und Bier unterm Sternenhimmel | 400 |
| 15. „Bei Regen kein Unterricht“ | 400 |
| 16. Die Friedensmacher von „Reconcile“ | 402 |
| 17. Friedensarbeit an der Graswurzel | 405 |
| 18. Pfarrer Levy und der Alkohol | 406 |
| 19. Mary, die Tänzerin | 408 |

| | | |
|-----|----------------------------|-----|
| 20. | Schwierige Reintegration | 409 |
| 21. | Mary backt kleine Brötchen | 410 |
| 22. | Gedanken zum Abflug | 411 |
| 23. | Danksagung | 412 |

1. Zur Person

Mit Zwanzig fand sich Daniel Pelz in einer kühlen und schlecht beleuchteten Ankunftshalle im Flughafen von Nairobi wieder. Es war der Auftakt zu einem zweijährigen Kenia-Aufenthalt, zunächst als Zivildienstleistender in einem Straßenkinderprojekt und anschließend als Praktikant in einem kenianischen Medienhaus. Und es war der Auftakt seiner Faszination für Afrika. Ab 2002 studierte er Journalistik in Bremen und Nairobi. Parallel absolvierte er die studienbegleitende Journalistenausbildung beim „Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp)“. Es folgte ein Programmvolontariat bei der Deutschen Welle von 2007-2009. Seit dem Abschluss arbeitet er als Chef vom Dienst im Programmbereich Afrika/Nahost der Deutschen Welle.

2. Einführung: Ein gescheiterter Staat?

Die Frage nervte den baumlangen Mann in seinem schwarzen Anzug sichtlich. „Ob der Sudan ein gescheiterter Staat werden könnte? Definieren Sie doch einmal, was ein gescheiterter Staat ist“, sagte Peter Adwok Nyaba und schaute mich aus seinen dunklen Augen an. Wir saßen auf zwei Plastikstühlen unter einem großen Baum neben den weißen Gebäuden der Heimvolkshochschule von Hermannsburg, einer niedersächsischen Kleinstadt. Neben uns meckerten Ziegen, die Sonne schien von einem tiefblauen Himmel und wir reden darüber, wie es weitergehen sollte mit einem Staat, der damals noch nicht geteilt war. Das Gespräch fand 2009 statt, auf der Konferenz in Hermannsburg zerbrachen sich sudanesisch und deutsche Wissenschaftler, Politiker und Entwicklungshelfer die Köpfe über die Zukunft des Sudan: Würde es eine Trennung geben, und künftig einen neuen Staat in Afrika? Oder gab es noch eine Möglichkeit, den Sudan zusammenzuhalten? Einige Redner hatten davor gewarnt, dass der Sudan – gemeint war der Gesamtstaat – ein „failed state“ werden könnte. Der Mann, der diese Frage auf der Konferenz wohl am Besten beantworten konnte, saß vor mir unter dem Baum. Dr. Peter Adwok Nyaba, über siebzig Jahre alt, zwei Meter groß, mit einem Lebenslauf, in dem sich die gesamte jüngere Geschichte des Südsudans widerspiegelt: Professor an der Universität Khartum, dann Kommandant einer Einheit der Rebellenarmee SPLA. Verwundung im Krieg und Verlust eines Beines, dann in der SPLA-Verwaltung in Nairobi, zwischenzeitlich bei einer anderen Rebellenfraktion. Schließlich die Rückkehr zu den Rebellen, die sich inzwischen SPLM nannten. Nach dem Frieden als Vertreter des Südens Minister für Hochschulwesen in der Einheitsregierung in Khartum. Eine beeindruckende Erscheinung, über zwei Meter groß, mit

einer Beinprothese. Langsam und schwankend ging er auf seinen Holzstock gestützt, aber wenn er redete, dann kam die ganze Energie des über Siebzigjährigen zum Ausdruck:

„Definieren Sie doch mal, was ein ‚failed state‘ eigentlich ist!“, sagte Peter Adwok Nyaba, das Bein mit der Prothese vor sich ausgestreckt. „Ein ‚gescheiterter Staat‘ ist ein Staat, der die Grundbedürfnisse seiner Bürger nicht decken kann: Bildung, Gesundheit und Sicherheit. Gemessen daran ist der Sudan schon ein ‚gescheiterter Staat‘.“ Wohlgermerkt, Peter Adwok Nyaba sprach von dem Gesamtstaat Sudan. Aber eines kristallisierte sich in dem und späteren Interviews sehr deutlich heraus: Eine Unabhängigkeit des Südens befürwortete der Minister sehr deutlich. Seine These, die auch viele andere Südsudanesen teilten: Wenn der Süden unabhängig ist, könnten die Südsudanesen einen funktionierenden Staat aufbauen.

Seit dem Tag in Hermannsburg 2009 war mein Interesse am Südsudan endgültig geweckt: Denn mir stellten sich zwei Fragen: Wenn der Sudan als Gesamtstaat schon bei manchen als „failed state“ galt, was ist dann mit dem in wirtschaftlicher Hinsicht wesentlich unterentwickelten Süden? Und wie kann man aus dem Nichts einen funktionierenden Staat aufbauen?

3. Das Projekt

Gemessen an der damaligen Definition von Peter Adwok Nyaba, müsste der Südsudan eigentlich ein „failed state“ sein. In der nüchternen Sprache der Statistiken der Vereinten Nationen lässt sich das Dilemma einfach zusammenfassen: Mehr als achtzig Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, vierzig Prozent können nicht lesen und schreiben. Die Säuglings- und Müttersterblichkeit liegt weltweit auf einem Rekordstand, täglich sterben Kinder an Krankheiten wie Durchfall oder Typhus, die mit einfachen Medikamenten geheilt werden könnten. Gerade mal zwanzig Prozent der Bevölkerung werden in ihrem Leben jemals eine Klinik besuchen.

Mittlerweise sind alle die Zahlen Klassiker, in jedem Medienbericht vor der Unabhängigkeit des Südens wurden sie laufend wiederholt. Es gibt noch eine andere Reihe nüchterner Zahlen. Diese zeigen, warum der jüngste Staat der Welt aber auch ein enormes Potenzial hat, ein wohlhabendes Land zu werden: 90 Prozent des Südsudans sind fruchtbar, die Hälfte gilt als erstklassiges Ackerland. Vor der Trennung galt der Sudan als der Staat mit den drittgrößten Erdölvorkommen in Afrika, der Löwenanteil liegt auf dem Gebiet des heutigen Südens. Zudem vermuten Experten dort noch weitere Bodenschätze, denn wegen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges sind viele Böden im Südsudan noch nicht systematisch geologisch erforscht worden.

Dann gibt es noch eine dritte Reihe Statistiken, die nachdenklich stimmen: Zahlreiche Gegenden des Südsudan werden immer wieder von gewaltsamen Konflikten zwischen verschiedenen Volksgruppen erschüttert. Mehr als 720.000 Waffen sind nach Schätzungen noch in der Hand der Zivilbevölkerung – während die Sicherheitskräfte nur über rund 200.000 verfügen. Es gibt immer noch hunderttausende ehemalige Rebellen Soldaten, die keinen Beruf haben und im zivilen Leben nicht Fuß gefasst haben.

All dies sind Erblasten des jahrzehntelangen Bürgerkriegs. Frieden hat der Südsudan in seiner jüngeren Geschichte nie gekannt: Von den Briten wurde das Gebiet mit dem heutigen Nordsudan in einer Kolonie zusammengefasst. Es sollte zusammenwachsen, was weder geschichtlich, ethnisch noch religiös zusammengehörte: Denn während der Norden von arabischen Volksgruppen dominiert wird, die sich überwiegend zum Islam bekennen, leben im Süden überwiegend Afrikaner. Bereits vor der Unabhängigkeit 1955 brach der erste Sudan-Krieg aus: Afrikanische Soldaten aus dem Gebiet des heutigen Südsudans meuterten in der Stadt Torit, weil sie nicht unter arabisch-stämmigen Offizieren aus dem Norden dienen wollten. Denn die Angst war groß, in dem neuen Staat kein Mitspracherecht zu haben. So war nur beispielsweise ein Südsudanese in der Kommission, die die Verfassung des neuen Staates ausgearbeitet hatte. Dieser erste Sudan-Krieg dauerte bis 1972. Damals schlossen beide Seiten einen Friedensvertrag, der bis 1983 hielt. Dem Süden wurde innere Autonomie zugesprochen. Doch als der damalige Staatspräsident Numeiri die Sharia im ganzen Land einführen wollte, brach 1983 der zweite Sudan-Krieg aus. Der charismatische Offizier John Garang gründete die Südsudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA). Später benannte sich diese in Südsudanesische Volksbefreiungsfront (SPLM) um. In den westlichen Medien wurde der Konflikt gerne mit der einfachen Formel „ein Krieg des islamischen Nordens gegen den christlichen Süden“ beschrieben. Dabei ging es in dem Konflikt immer um mehr als Religion: Die SPLM-Rebellen kämpften auch gegen die kulturelle und wirtschaftliche Dominanz des Nordens. Denn dieser war weitaus wohlhabender als der Süden.

2005 schlossen beide Seiten nach jahrelanger Vermittlung durch die kenianische Regierung einen Friedensvertrag. Sechs Jahre lang sollten beide Seiten unter der Formel „Ein Land – zwei Systeme“ den Sudan gemeinsam regieren: In Khartum entstand eine nationale Einheitsregierung, im Süden eine Autonomieregierung unter Führung der SPLM. 2010 sollte im Süden ein Referendum stattfinden, ob die Menschen dort weiter zum Norden gehören oder die Unabhängigkeit anstreben wollten. Das überwältigende Ergebnis: 98,83 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit. Am 09. Juli 2011 wurde der Südsudan als 198. Staat der Welt unabhängig.

Doch die Unabhängigkeit des Südsudan ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Denn: Politische Strukturen hat dieser neue Staat bis 2005 aufgrund des Krieges auch nur in sehr begrenztem Maße gehabt. Auf die britische Kolonialherrschaft folgte die Militärverwaltung des Nordens. Diese bezog sich ohnehin nur auf größere Städte. Auf dem Land wurden viele Menschen sich selbst überlassen oder von den Rebellen der SPLM verwaltet. „Ein Land mit vorstaatlichem Charakter“ schrieben Experten wenige Jahre nach dem Friedensschluss in einer Studie über den Südsudan für das Bundesentwicklungsministerium. Entsprechend mussten von 2005 bis 2011 im Eiltempo über Nacht ein Verwaltungs- und Regierungssystem aus dem Boden gestampft werden, inklusive Polizei, Justizbehörde oder Armee. Doch dies geschah ohne qualifiziertes Personal. Viele Verwaltungsmitarbeiter sind ehemalige Rebellen ohne große Bildung und Verwaltungserfahrung. Angesichts der Analphabetenquote von 80 Prozent wurden nach Berichten von einigen südsudanesischen Gesprächspartnern teilweise sogar Analphabeten oder Menschen ohne Grundschulabschluss eingestellt. Zudem wissen nur die wenigsten Offiziellen, was die Aufgaben und Kompetenzen einer modernen Verwaltung, Polizei oder Regierung sind.

Kein Wunder, dass angesichts dieser Herausforderungen immer wieder im Ausland eine bange Frage laut wird: Könnte der Südsudan ein „failed state“, das nächste Somalia Afrikas, werden?

Die Südsudanesen in Hermannsburg gaben darauf eine klare Antwort: „Nein.“ Keinen habe ich getroffen, der gegen eine Unabhängigkeit des Südens gewesen wäre. Der Enthusiasmus ist beeindruckend: Ob nach dem Friedensschluss 2005, den Wahlen 2009 oder dem Referendum im Januar 2011: Überall herrschte Jubel, der unbedingte Glaube, dass der Südsudan ein funktionierender Staat werden würde. Und es gab auch Menschen, die diesen neuen Staat mit aufbauen wollten: Ein südsudanesischer Professor zum Beispiel, der seinen sicheren Beruf in den USA gegen eine schlechtbezahlte Professur an der Universität von Juba tauschte, um seinen Beitrag zum Aufbau des Südsudans zu leisten. Diese Menschen beeindruckten mich mit ihrem Engagement und Enthusiasmus. Daher stellte sich auch mir trotz aller Statistiken die Frage: Was für ein Staat wird im Südsudan entstehen?

2009 war ich schon einmal kurz im Südsudan gewesen. Zu kurz, um eine Antwort auf diese Frage zu geben. Daher wünschte ich mir die Gelegenheit, einen längeren Zeitraum vor Ort zu verbringen. Also war die Frage klar, mit welchem Thema ich mich für das Stipendium bei der Heinz-Kühn-Stiftung bewerben würde: „Building a Nation – der Südsudan auf dem Weg zum Staat“. Um mehr über den Südsudan herauszufinden, wollte ich mich auf einige Bereiche konzentrieren, die besonders wichtig für den Aufbau des Staates sind: Die Entwicklung staatlicher Strukturen, den Aufbau des Bil-

dungswesens, der Polizei und die Re-Integration ehemaliger Rebellen. Zudem interessierten mich die zahlreichen ethnischen Konflikte und Versuche, diese zu lösen.

4. Ankunft in einem neuen Staat

Aus tausend Meter Höhe sieht der Südsudan aus, als wäre er das Paradies auf Erden: Sattgrün liegt das Land unter dem Flugzeug, wie ein silbernes Band zieht sich der Nil durch die Landschaft. Wie gigantische Sandsäcke türmen sich Gewitterwolken über der Hauptstadt Juba – die Regenzeit hat begonnen. Als die Maschine weiter sinkt, werden braune Rundhütten sichtbar. Der Flughafen hat sich herausgeputzt: Ein brandneuer VIP-Pavillon mit viel Glas und glänzenden Steinen steht neben der Landebahn. Nur das Wrack eines alten Flugzeugs stört das Bild etwas. Die Besatzung der „Kenya Airways“ verabschiedet die Fluggäste mit „Herzlich willkommen in Juba, der Hauptstadt der Republik Südsudan“. Statt zum VIP-Pavillon geht es aber dann zu Fuß übers Rollfeld zur Ankunftsbaracke, einem einstöckigen Bau. Vor zwei Jahren stand davor noch ein Plakat mit einem lächelnden Präsidenten al-Bashir und dem Versprechen, dass es im geeinten Sudan bald für alle Frieden und Wohlstand geben würde. Nun regiert Präsident al-Bashir nur noch den Norden, das Plakat ist weg und dafür steht neben der Baracke der Rohbau eines neuen Terminals.

Neues gibt es auch bei der Passkontrolle. Vor zwei Jahren brüllten noch schlecht gelaunte Männer in ebenso schlecht sitzenden Anzügen schlicht „Passports“. Jetzt tragen sie immerhin neue Uniformen der südsudanesischen Polizei und stempeln die – ebenfalls neuen – Einreiseformulare ab, aber das kaum besser gelaunt. Kürzer sind die Schlangen auch nicht und die Luft steht. Der August ist noch einer der kühlest Monate in Juba, aber trotzdem ist die Luft schwülwarm. Es ist ein Wetter, bei der die Kleidung nach wenigen Minuten zuverlässig am Körper klebt und jeder eigentlich permanent Mittagsschlaf halten möchte.

Vor zwei Jahren wurde das Gepäck noch durch ein Loch in der Wand in die Halle gereicht. Das Loch ist immer noch da, aber direkt dahinter steht ein Durchleuchtungsapparat. Die Prozedur dauert, am Ende brauchen wir fast eine Stunde, bis alle Formalitäten erledigt sind. Aber der Apparat hat echte Vorteile: Kein neugieriger Zöllner wühlt mehr von Hand durch meine Unterwäsche. Das Aufnahmegerät, der Laptop und die 4.000 Dollar in Bar sind anscheinend bei der Durchleuchtung nicht näher aufgefallen. Vor zwei Jahren gab es hingegen noch Nachfragen ohne Ende. Mit so viel Geld zu reisen, ist auch eine neue Erfahrung – die ich mir nicht unbedingt gewünscht

hatte. Aber leider gibt es im Südsudan keine Bank, mit der man per Kreditkarte Geld abheben könnte.

Juba hat sich schick gemacht und ist kaum mehr wiederzuerkennen: Eine vierspurige Straße mit solarbetriebenen Laternen führt jetzt in die Stadt, links und rechts wird an jeder Ecke gebaut, gewühlt und gewerkelt. Hotels, Restaurants und Bürohäuser wachsen in die Höhe. Es gibt neuerdings Reisebüros, Kurierdienste und eine endlose Reihe von Gemischtwarenläden. Die Fahrspuren trennt ein Blumenbeet mit roten Pflanzen. „Tja, das ist die Unabhängigkeit“ sagt Esther stolz. Die Mitarbeiterin des Jesuiten Flüchtlingsdienstes hat mich abgeholt. Es geht vorbei an einer hohen, orangefarbenen Mauer – dahinter residiert der Staatspräsident. Bei der Fahrt wird klar: Juba, das ist auch die Stadt der Abkürzungen: UNMISS und UNHCR, UNICEF und UNDP, GIZ und DANIDA – es wimmelt nur so von Schildern, Fahrzeugen und Mitarbeitern der internationalen Hilfsorganisationen, die den jüngsten Staat der Welt mit aufbauen sollen. Und es wimmelt von Uniformen – der südsudanesischen Befreiungsarmee SPLA, der Polizei und anderer. Sie werden nicht nur in Juba bald für mich ein alltägliches Bild. Es sind weniger die Uniformen, die ein leichtes Magengrummeln auslösen, sondern die Waffen. Frieden hin und Unabhängigkeit her, viele der Soldaten oder Polizisten tragen ein Gewehr über der Schulter. Von russischen Kalaschnikows über deutsche G-3 Gewehre bis zur israelischen Maschinenpistole ist alles dabei.

Juba hat sich schick gemacht – und das hat seinen Preis. Wir kommen an einem weißen, neuen Gebäude vorbei, dem „Peking Hotel“. Ein „Geheimtipp“, sagte mir ein südsudanesischer Kollege vor meiner Abreise am Telefon. „Ich kann Dir ein Zimmer für nur 150 Dollar die Nacht organisieren“. Ich lehne dankend ab und denke mir, dass wir beide sehr unterschiedliche Vorstellungen von günstigen Preisen haben. Nach einigen Tagen in Juba leiste ich gedanklich Abbitte – für lokale Verhältnisse ist das Hotel nicht teuer. Es gibt viele Hotels, die mehr als 200 Dollar kosten. Aber kaum welche, die billiger sind. Ein Zimmer zur Untermiete wird mir für „nur“ 1.500 Dollar im Monat angeboten. Denn hier ist alles teuer: Die Baumaterialien werden per LKW aus Kenia oder Uganda hergebracht – wochenlange Reisen auf Sandpisten, bei denen LKW oft liegenbleiben. Die Kosten werden auf die Kunden umgelegt. Strom gibt es nur stundenweise, ansonsten müssen teure Generatoren für Energie sorgen. Es gibt keine Wasserversorgung, auch die Lebensmittel müssen aus Kenia und Uganda hertransportiert werden. Und nicht zuletzt gibt es wohl auch die große Menge UN-Mitarbeiter, Entwicklungshelfer und Diplomaten, die nach Wohnraum suchen. Der ist knapp, wenn man nicht in einem Tukul, einer Rundhütte leben will. Da werden notgedrungen auch hohe Preise bezahlt. Gäbe es nicht die Freundlichkeit des Jesuiten Flüchtlingsdienstes, der mich in seinem internen Gasthaus

übernachten lässt – diese Reise wäre kaum möglich gewesen. Das Benzin kostet fünf sudanesisches Pfund, mehr als zwei Dollar. Eine Pizza 45 sudanesisches Pfund – das sind mehr als zehn Dollar.

Juba hat sich schick gemacht – doch hinter den Prachtstraßen kommt noch etwas von der Stadt zum Vorschein, der ich vor zwei Jahren eine Stippvisite abgestattet hatte. Wer von den Hauptstraßen abbiegt, landet meist sofort wieder auf einer Sandpiste. Blumenbeete, die neue Kanalisation, die Asphaltstraßen enden oft einfach abrupt im Nichts. Es ist ein bisschen wie der Staat, der von dieser Hauptstadt aus regiert wird – vieles ist noch im Aufbau.

5. Neues Land, neue Formalitäten

Die erste Begegnung mit dem neuen Staat habe ich einen Tag nach der Ankunft. Bevor es an die Recherche geht, sind diverse Formalitäten zu erledigen. Kollegen hatten ausdrücklich davor gewarnt, ohne Registrierung durch das Informationsministerium zu arbeiten. Und Fotografieren ohne Fotogenehmigung sei in Juba besonders schwer. Am nächsten Morgen versuchen wir es zunächst im „Büro für öffentliche Information“. Das war mir von zahlreichen Gesprächspartnern als richtiger Ort genannt worden, um die Genehmigungen zu erhalten. Das Büro erweist sich aber als Bibliothek mit Internetcafe. „Nein, die Dokumente stellen wir hier nicht mehr aus“, sagt der Portier und verweist ans Informationsministerium.

Die meisten Ministerien sind auf einem Grundstück außerhalb des Stadtzentrums untergebracht. Alle sehen gleich aus, vierstöckige Gebäude mit offenen Gängen, die sich jeweils um einen Innenhof gruppieren, in dessen Mitte ein Baum steht. Die Gebäude bieten eine Fläche, die in Deutschland wohl gerade für ein städtisches Gesundheitsamt reichen würde. Die Prozedur ist zunächst einfach: Für 50 Dollar, ein Formular, ein Passbild und eine Fotokopie meines Reisepasses bekomme ich die erhoffte Genehmigung innerhalb einer Stunde. Aber die Fotogenehmigung ist schwieriger. „Dazu müssen Sie zum Büro für öffentliche Sicherheit“, sagt der Beamte. Wir fahren durch die Stadt zur genannten Adresse. Ein einstöckiges Gebäude, eingequetscht zwischen dem Zentralgefängnis und der Einreisebehörde. Die Fenster sind verspiegelt. Auch wenn nirgendwo „Geheimdienst“ draufsteht, scheint klar, was drin ist. Aber dann ist wieder alles anders: „Das Büro für öffentliche Sicherheit ist mit dem Unabhängigkeitstag aufgelöst. Wir sind jetzt die Kriminalpolizei“, sagt ein freundlicher Beamte. Er nimmt sich meine Genehmigungen und bittet mich zu warten, während er „mal herumfragt, ob mir jemand helfen kann“. Ich warte gute 20 Minuten auf einem der schwach beleuchteten Gänge, bis der Beamte wieder mit traurigem Gesicht

auftaucht. „Fotogenehmigungen können wir seit der Unabhängigkeit nicht mehr ausstellen, weil es dazu noch keine neuen Bestimmungen gibt. Versuchen Sie es doch mal im Innenministerium“. Dann strahlt er, streckt die Hand aus und sagt: „Herzlich Willkommen im jüngsten Staat der Welt. Fühlen Sie sich wohl bei uns und kommen Sie wieder“.

„Eintritt mit Waffen strengstens verboten!“ steht an der Tür des Innenministeriums. Wir fragen uns durch diverse Büros. Fast überall sitzen die Beamten draußen auf den Gängen rund um das offene Atrium in der Mitte. Sie trinken Tee, plaudern und schreiben Textnachrichten auf ihren Handys. Die Büros sind leer, die Schreibtische sauber aufgeräumt und die Akten stehen in den Regalen. Hier fehlt die Aufbruchstimmung, hier startet kein Staat in seine neue Zukunft durch. „Die Beamten können auch gar nicht arbeiten“, erklärt mit später ein ausländischer Diplomat. „Der Präsident hat noch kein neues Kabinett ernannt, die Minister sind seit der Unabhängigkeit nur noch geschäftsführend im Amt“. Entsprechend geben sie keine Direktiven, ausländische Entwicklungsorganisationen, die UN und andere haben keine Ansprechpartner. Südsudanesischer Gesprächspartner gehen hingegen mit ihrer Verwaltung härter ins Gericht. Viele Staatsdiener hätten ihre Stellen nur über Beziehungen bekommen, weil sie beispielsweise mit den Ministern oder Staatssekretären verwandt seien. Andere hätten gar nicht die nötigen Qualifikationen und könnten daher ihre Aufgaben nicht erfüllen. Das ist ein weitverbreitetes Problem in einem Land, wo mehr als 80 Prozent der Bevölkerung nie eine Schule besucht und es bis vor wenigen Jahren keine Universität gab (die Universität von Juba war wegen des Bürgerkrieges in den Norden verlegt worden).

Am Ende stehen wir im Vorzimmer des Ministers. Leider ist weder er noch sein Büroleiter zugegen. Auf Bitten der Sekretärin nehmen wir Platz und warten. Sie ruft einige Angestellte zusammen. Nach einer längeren Diskussion werden wir ans Ministerium für Kultur und Sport verwiesen. Dort schickt uns der Portier zum Informationsministerium, wo unsere Reise am Morgen begann. Dessen Portier verweist uns an den Staatssekretär. „Ich bin in einer Besprechung“, sagt der etwas verärgert, nachdem wir sein Büro betreten haben. Dann gibt er uns den Tipp, den Generaldirektor um Hilfe zu bitten. Doch der ist nicht in seinem Büro. Wann er kommt, weiß auch niemand. „Fotografieren Sie doch einfach ohne Genehmigung“, sagt einer der vielen Beamten, die wir ansprechen. Und wenn es Ärger mit der Polizei gibt? „Dann rufen Sie einfach an und wir klären das.“

Schließlich treffen wir den Direktor, der uns in sein Büro bittet. Wir nehmen auf einem weichem Sofa Platz und sinken sofort in den Lederpolstern ein. Auch andere Besucher warten dort, unter anderem eine junge Frau, die mit ihrem Handy spielt. Der Direktor erklärt uns freundlich, dass die zu-

ständigen Mitarbeiter gerade nicht zugegen seien und wir daher warten sollten. In einer Ecke seines Büros steht ein Fernseher, auf dem ununterbrochen Spiele der englischen Fußball-Liga laufen. Gebannt schaut der Direktor auf den Bildschirm, auch die anderen Besucher gucken mit großem Interesse, gesprochen wird nicht. Irgendwann wendet er sich plötzlich an die junge Frau. „Und was darf ich für Sie tun?“, fragt er freundlich. Die Frau überreicht eine Einladung zu einem Empfang, es werden freundliche Worte gewechselt und sie verabschiedet sich. Der Direktor schaut wieder dem Fußballspiel zu, bis er sich uns genauso plötzlich zuwendet. „Es tut mir leid, dass Sie warten mussten. Leider gelten seit der Unabhängigkeit zahlreiche alte Bestimmungen nicht mehr und neue Gesetze sind noch nicht erlassen worden. Daher kommt es zu Unannehmlichkeiten. Aber das Ganze lässt sich natürlich trotzdem lösen“. Dann drückt er auf eine Klingel. Eine Sekretärin erscheint und er diktiert ihr einen Brief. Damit wird mir das Recht eingeräumt, Fotos zu machen. Am Ende haben wir für das Blatt Papier knapp vier Stunden gebraucht.

6. Recherchen bei Gesprächspartnern ohne Namen

Mit einer „International Press Card“ und dem Brief des Informationsministeriums könnten die Recherchen eigentlich beginnen. Eigentlich. Nur sind meistens die Gesprächspartner nicht aufzutreiben. Ganz unabhängig, ob es sich nun um Südsudanesen oder Europäer handelt. Dass Journalisten immer zur falschen Zeit am falschen Ort sind, ist eigentlich eine Binsenweisheit. In Juba scheint dieser Grundsatz aber zumindest in meinem Fall ein Dogma zu sein. Auch Murphys Gesetz wird zum unverrückbaren Bestandteil meiner Arbeit vor Ort.

„Melden Sie sich, wenn Sie vor Ort sind“. Diese Standardantwort hatte ich auf fast alle Anfragen vor meiner Abreise bekommen. Doch vor Ort sind die Ansprechpartner meist auch nicht erreichbar. Oft ist er oder sie gerade außerhalb der Hauptstadt unterwegs. In einem Land, in dem weite Teile immer noch kein Handynetz und kein Internet haben, kann ich dann nur abwarten, bis derjenige wieder auftaucht.

Manchmal hat der Ansprechpartner aber auch die Malaria oder genießt eine der Besonderheiten des Einsatzes in schwierigen Staaten: R&R. Wofür R&R genau steht, kann ich leider nicht genau herausfinden, aber es heißt mit großer Wahrscheinlichkeit „Rest and Recovery“ oder „Rest and Recreation“. Was im Klartext nichts anderes ist als die Chance, auf Kosten des Arbeitgebers alle zwei bis drei Monate für 1-2 Wochen das Land zu verlassen und sich zu erholen. In vielen Fällen gibt es R&R noch zusätzlich zum Jahresurlaub.

Das ist nicht unbedingt unverschämt, wenn man bedenkt, dass das Leben in Juba durchaus seine Schattenseiten hat: Viele Gesprächspartner leben in engen Zimmern von 12 Quadratmetern oder weniger, haben kaum Privatsphäre, kaum Bewegungsfreiheit (aufgrund des Wetters kann man nicht spazieren gehen und außerhalb der Stadt ist es wegen Landminen oder fehlender Wege auch nicht ratsam). In manchen ländlichen Gebieten kommen dann noch mal fehlender Strom, kein fließendes Wasser oder Ausgangssperren dazu. Auch in Juba ist das Angebot an Freizeitmöglichkeiten beschränkt: Es gibt kein Kino, kein Theater, nur ein Fitnessstudio, nicht mal einen Park.

Interessant ist aber, dass R&R auch eine Möglichkeit zu sein scheint, den Status des jeweiligen Entwicklungshelfers und seiner Organisation abzulesen. Denn während die Mitarbeiter manch kirchlicher Organisationen nur bezahlte Flüge bis Kampala oder Nairobi bekommen, können die Mitarbeiter der Großen auch ihr R&R in China oder Indien verbringen – und der Arbeitgeber zahlt. Vollends absurd wird es, wenn dann jemand erzählt, dass er im Jahr nur noch sechs Monate arbeitet, der Rest aber für R&R und Jahresurlaub genutzt wird.

Die ersten Tage verbringe ich damit, meine Recherchepläne komplett umzuwerfen. Denn entgegen der früheren Zusagen klappt zunächst nichts. Es wird also eine leicht andere Reise als geplant – aber sie wird kaum weniger spannend. Auch wenn ich bis zur Abreise keinen einzigen Politiker treffen kann und das Thema „Aufbau von Staatlichkeit“ damit flachfällt.

Die Gesprächspartner, die ich dann wirklich antreffe, sind aber oft auch nicht wirklich gesprächig – zumindest wollen sie offiziell nichts sagen. Hoch scheinen die Ängste vor den Reaktionen der sudanesischen Seite zu sein. „Sie können ja gerne ein Interview mit mir machen, aber Sie dürfen mich nicht zitieren...“, ist eine beliebte Aussage. Viele Gesprächspartner sagen ganz offen, dass ihre südsudanesischen Kooperationspartner kritische Aussagen der europäischen NGO-Community nicht goutieren würden. Doch sie brauchen die guten Kontakte – jede NGO, jede UN-Organisation oder Botschaft arbeitet mit südsudanesischen Behörden zusammen und braucht deren Unterstützung, selbst wenn es nur um Aufenthaltsgenehmigungen für die ausländischen Kollegen geht. So wird aus dem angefragten Interview dann schnell ein Hintergrundgespräch. Das ist nicht minder spannend, aber hilft nicht, um den Reisebericht zu füllen.

7. Der Warlord von Nebenan

Zumindest einige Eindrücke kann ich sammeln, wie schwierig der Weg zum Staat im Südsudan politisch ist. Meist sind es ganz zufällige Erleb-

nisse. Zum Beispiel bei einem lauen Abend im Central Pub, dem angeblich ältesten Gasthaus in Juba. Architektonisch nicht gerade ein Wunderwerk, sondern ein niedriges, weißes Steinhaus mit einem Garten daneben. Das Publikum hier ist europäisch, auf dem Parkplatz stauen sich die bekannten Geländewagen und an den Tischen die dazugehörigen Personen. Er trägt am Sonntagabend vorzugsweise kurze Hosen, bunte T-Shirts und Schlappen und ist schlecht rasiert, sie ist in Spaghettiträgern und langem Rock unterwegs. Am Nebentisch wird zwischen kenianischem Bier und libanesischem Hummus über „Governance“ diskutiert. Meine Gesprächspartnerin erzählt vom Leben als Ausländerin in dieser wunderschönen Stadt. Wir kommen auf das Thema „Sicherheit“ und sie erzählt, dass die Ausgangssperre für ausländische Helfer jetzt bei 1.00 Uhr läge. Es sei vergleichsweise sicher in Juba. „Vor zwei Jahren war das noch anders, da konnten wir an manchen Tagen die Häuser nicht verlassen“, erzählt sie. Es gab Schießereien zwischen den Truppen von Präsident Salva Kiir und Paulino. Auf meine Frage, wer denn dieser Paulino sei, sagt sie: „Einer der Milizenführer und Rivalen des Präsidenten“. Das alles in einem Ton, als hätte sie gerade den Bäcker von der Ecke vorgestellt. Schließlich bietet sie mir an, mir sein Haus zu zeigen.

Nach dem Essen fahren wir los. Angenehm leer sind die Straßen in Juba, die neuen, solarbetriebenen Laternen leuchten und an einem Kreisverkehr verkündet eine Tafel auf einer Säule „Welcome to East Africa, South Sudan“. In den Monaten vor der Unabhängigkeit tickte hier eine Uhr, die die Stunden und Minuten bis zum magischen Moment anzeigte. Der Warlord residiert zwei Straßen vom Präsidentenpalast entfernt, gegenüber einem UN-Gelände. Im Schrittempo rollen wir daran vorbei. Eine hohe Mauer gibt nicht viel Einblick, aber viel interessanter ist, was vor der Mauer passiert. Eine Reihe Männer in olivgrünen Overalls rollen auf dem Erdboden dünne Matratzen aus. Ein Junge fegt mit einem Reisigbesen den Boden. Andere Männer sitzen in Gruppen auf dem Boden und rauchen. In einer Ecke glimmt eine Wasserpfeife. „Seine Leibgarde“, sagt meine Gesprächspartnerin. Das Tor ist offen, aber die Dunkelheit verhindert, dass ich viel vom Grundstück sehe. „Wenn es jetzt Tageslicht wäre, könntest Du Geländewagen mit aufmontierten Maschinengewehren sehen“, erzählt sie. Die stünden ganz offen auf dem Grundstück.

Wir machen an der anderen Straßenseite kehrt und fahren zurück, vorbei am Präsidentenpalast, dessen hohe Tore fest geschlossen sind. Matt glänzt das Staatswappen im Laternenlicht über dem Tor. Doch die Frage bleibt: Wie viel Macht hat ein Präsident eigentlich, wenn einer seiner Rivalen zwei Straßen weiter offen eine Privatarmee und Waffen präsentieren kann? Die Antwort bekomme ich von einem meiner anonymen Gesprächspartner einige Tage später in einem der unzähligen Hintergrundgespräche. Er erklärt

mir, warum in der Regierung weiterhin eine Reihe Minister Dienst tun, die sich offensichtlich selbst bereichert haben. „Das ist doch der Kern des Problems“, sagt der Journalist, der schon seit einigen Jahren in Juba lebt. „Der Präsident verspricht, dass er gegen Korruption und Inkompetenz in der Regierung vorgehen wird. Aber er kann korrupte und inkompetente Minister gar nicht entlassen. Denn viele haben eine private Miliz und würden das Land ins Chaos stürzen“.

8. „Sicherheitskräfte tragen zur Unsicherheit bei“

Nicht zuletzt diese Episode zeigt, wie dringend der Südsudan eine funktionierende Polizei braucht. Denn nur so könnte die Regierung das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen. Bisher gelingt ihr das nicht, wie die vielen Opfer gewaltsamer Konflikte zeigen. Über 1.500 Südsudanesen sind nach Schätzungen der Gesellschaft für bedrohte Völker allein seit Anfang dieses Jahres durch ethnische Konflikte ums Leben gekommen. Mehr als 73.000 wurden vertrieben. Im Jahr 2009 lag die Zahl der Todesfälle sogar höher als in der Krisenregion Darfur im Nord Sudan. Die Auslöser für die Streitigkeiten zwischen verschiedenen Volksgruppen sind vielfältig. Mal ist es Streit um Land, um Wasser oder Viehdiebstahl. Und aufgrund der zahlreichen illegalen Waffen führen die Auseinandersetzungen schnell zu zahlreichen Opfern.

Auf den ersten Blick hat der Südsudan ausreichend Polizei, um seine Bürger zu schützen. Bei den Fahrten außerhalb Jubas sehen wir in jedem Dorf hellblaue oder schwarzblaue Uniformen und die dazugehörigen Träger. Meistens haben sie an der Dorfeinfahrt oder Dorfmitte eine Straßensperre gebaut und kontrollieren Fahrzeuge. Doch besonders überzeugt von der Polizei sind die meisten meiner Gesprächspartner nicht. Immer wieder erzählen sie, dass viele Beamte korrupt seien, die Straßensperren etwa reine Schikane, um Schmiergelder von Autofahrern zu erpressen. Gewalt gegen Zivilisten sei ein weiteres Merkmal der Polizei, wird mir immer wieder erzählt. Auch gegen Europäer: So höre ich von einer Entwicklungshelferin, die versehentlich ihren Wagen im Parkverbot vor einem Regierungsgebäude abstellte und daraufhin von Polizeibeamten geschlagen wurde. Auch Oppositionelle berichten davon, von Polizisten immer wieder malträtiert worden zu sein. „Die Sicherheitsorgane tragen hier eher zur Unsicherheit bei“, sagt etwa Peter Tibi, Direktor der Organisation „Reconcile“, die sich um Menschenrechte und zivile Konfliktlösung kümmert.

Zwei große Herausforderungen hat die sudanesischen Polizei. Das eine sind die fehlenden Kenntnisse, was moderne Polizeiarbeit beinhaltet. Das andere sind die unzureichenden Ressourcen für ihre Arbeit. Wie groß diese Schwierigkeiten sind, zeigen mir die deutschen Polizeibeamten, die bei der

UN-Polizei UNPOL ihren Dienst versehen. Acht deutsche Beamte haben Bundes- und Länderpolizeien an die UNPOL „ausgeliehen“. Ihr Schwerpunkt ist der Aufbau und die Beratung der südsudanesischen Polizei.

Wie bei vielen Recherchen dauert auch hier die Vorbereitung mehr als eine Woche. Zunächst müssen die deutschen Beamten zahlreiche Formalitäten bei den Vereinten Nationen klären, damit ich sie bei ihrer Arbeit begleiten darf. Dann kommen die Formalitäten auf südsudanesischer Seite. Besuch der Landespolizeischule: Abgelehnt. Interview mit einem Polizisten: Zunächst unmöglich. Doch dann bekomme ich die Genehmigung, die deutschen Beamten bei einem ihrer täglichen Besuche auf einer der Polizeiwachen in der Hauptstadt Juba zu besuchen. Jeden Werktag sind die Beamten einige Stunden hier zu einer Art „on the job-training“ in Menschenrechtsfragen. „Wir kontrollieren zum Beispiel, ob die Zellen nicht überbelegt sind, dass Männer und Frauen in getrennten Zellen untergebracht oder jugendliche Straftäter ihren Erziehungsberechtigten übergeben werden“, erzählt Thomas Frisch, der mich auf dem Besuch begleitet. Normalerweise kontrolliert der drahtige 40-jährige am Flughafen Köln/Bonn Pässe, läuft Streife und jagt Verbrecher. Seit acht Monaten trägt er eine weiße Hose und ein hellblaues Hemd mit der Aufschrift „Police“ und der deutschen Flagge. Auf dem Kopf sitzt das blaue Barett mit dem Logo der Vereinten Nationen.

9. Vom Rebellen zum Polizeibeamten

Als wir auf der Polizeiwache Munuki im Westen der Hauptstadt Juba ankommen, ist gerade Morgenappell. Die Sonne brennt vom blauen Himmel, die südsudanesische Flagge hängt träge vom Mast und vor den weißen Gebäuden stehen sechs Männer und eine Frau in olivgrüner Uniform und schwarzen Stiefeln. Oberst Yuang Makette Yuang, ein stämmiger Mann mit leichtem Bauchansatz und Donnerstimme brüllt die Befehle. Auf Kommando drehen sich die Beamten schwungvoll nach links und rechts und salutieren. Das militärische Erbe der südsudanesischen Polizei ist auch beim zackigen Exerzieren deutlich. Denn fast alle der Beamten sind ehemalige SPLM-Rebellen. Militärischer Drill, Schießen und Kämpfen haben die Beamten gelernt, zivile Polizeiarbeit war im Bürgerkrieg aber nicht gefragt.

Auch Oberst Yuang hat die Karriere vom Militär zum Polizisten gemacht. 1983 trat er der SPLA bei, erzählt der Oberst, als er hinter einem wackeligen Holzschreibtisch in seinem Büro Platz genommen hat. Nach einer Grundausbildung in einem SPLA-Trainingslager in Äthiopien stieg er auf, wurde Funker und Kommunikationsoffizier. 2005 kam der Frieden und Yuang wechselte die Uniform und die Dienststelle, aus dem SPLM-Oberst Yuang

wurde Polizeioberst Yuang. Doch für ihn ist es kein Widerspruch. „Ich war beim Militär, weil ich für ein anderes Land kämpfen wollte“, sagt der Oberst. „Den Kampf setze ich hier fort. Ich will Sicherheit für die Bürger. Unser Land braucht Sicherheit, wenn es sich entwickeln will.“

Doch zunächst steht der Oberst vor dem Problem, wie er ohne ausreichende Mittel für Sicherheit sorgen soll. Seine Wache ist ein einstöckiger Bau. Rost und Regen haben das einst silberne Dach schmutzig-braun gefärbt. Nottüchtig hat man das rund 30 Jahre alte Gebäude mit weißer und blauer Schrift übermalt. Vor den Gebäuden rosten einige Geländewagen vor sich hin. Einer hat keine Scheiben mehr, dem anderen fehlen die Räder.

Vor den niedrigen Gebäuden, unter freiem Himmel, stehen zwei wackelige Schreibtische, hinter denen zwei Beamte sitzen. Eine Traube Menschen drängt sich von allen Seiten um die Beamten, arabische Worte fliegen durch die Luft, es wird gestikuliert. Mit stoischer Ruhe tragen die Polizisten mit Filzstiften alle Meldungen in zwei dicke Bücher ein. „Zum Glück haben wir hier nur leichte Fälle“, sagt Oberst Yuang. „Überwiegend Diebstähle, Schlägereien und Ehebruch. Mord und politische Vergehen gibt es in meinem Bezirk nicht.“

Dass ihn die UN-Beamten besuchen, stört den Oberst nicht. Aber schnell stellt sich heraus: Als Hilfe empfindet er die Besuche nur bedingt. „Ich habe doch meine Bibel“, sagt er vergnügt und zieht ein kleines Buch aus der Brusttasche. Es ist das neue südsudanesisches Polizeigesetz. Hier sind die Standards geregelt, deren Einhaltung die UN-Polizisten kontrollieren sollen. Das kenne er in- und auswendig, versichert der Oberst. Im Gegensatz zu vielen anderen Beamten hat er auch einen Kurs an der Landespolizeischule in Rajah absolviert. Eigentlich soll jeder Polizist hier einen Kurs durchlaufen haben. Wenige Monate dauern die Kurse – während ein deutscher Beamter im gehobenen Dienst mehr als drei Jahre ausgebildet wird. Einen Besuch in Rajah erlauben mir die südsudanesischen Beamten nicht. Denn das Ausbildungszentrum steht immer wieder in den Schlagzeilen – und das nicht aus positiven Gründen. So sollen dort nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung wiederholt Rekruten verprügelt und schwer misshandelt worden sein. Eine Rekrutin, die sich über sexuellen Missbrauch beklagte, wurde als Verräterin beschimpft und musste untertauchen.

Bei der UN will man sich mir gegenüber zu den Verhältnissen in Rajah nicht äußern. Doch außerhalb der Mission erzählen mir Entwicklungshelfer, dass die Ausbildung auch sonst wenig mit moderner Polizeiarbeit zu tun habe. „Dort wird morgens und abends exerziert und dazwischen geschossen“, sagt mir ein westlicher Helfer in Juba. In der Tat: Auch die Neue Zürcher Zeitung meldet in ihrem Bericht, dass die angehenden Beamten dort überwiegend an Maschinengewehren trainieren. Die UN-Polizei ver-

sucht, dagegenzuhalten. Sie bietet eine Reihe Kurse für die südsudanesischen Beamten an: Von Menschenrechten in der Polizeiarbeit über Fachkurse in Drogenfahndung oder Tatortsicherung. Aber viele sind nur wenige Wochen oder Tage lang – sehr kurz für eine Polizeitruppe, die größtenteils nicht einmal die elementarsten Kenntnisse der Polizeiarbeit hat.

Auf der Polizeiwache Munuki wird dann noch deutlich, wie groß der Mangel an Ressourcen bei der Polizei im Südsudan ist. „Wir brauchen hier dringend Strom und einige Computer“, erzählt der Oberst. Seine Wache hat nicht einmal eine Schreibmaschine. „Im Moment schreiben meine Leute die Protokolle per Hand.“ Dann zeigt er mit der Hand auf die offene Tür neben ihm. Im Büro dahinter sitzen zwei Kriminalbeamte vor Schreibtischen voller Papiere und schreiben säuberlich per Hand an ihren Vernehmungsprotokollen. Der gesamte Schriftverkehr läuft per Hand – mit dem Ergebnis, dass die Ermittlungen sich allein schon deswegen über Monate hinziehen.

Ein weiteres großes Manko: Die Wache hat keine eigenen Fahrzeuge und keinen Sprechfunk. Doch Oberst Yuang hat gelernt, zu improvisieren. „Wenn ich im Notfall einen Streifenwagen brauche, rufe ich damit im Polizeipräsidium an“, sagt Oberst Yuang und zieht sein Privathandy aus der Tasche. Schwieriger wird es, wenn er die Gefangenen ins Untersuchungsgefängnis transportieren will. Denn länger als 48 Stunden darf er sie auf seiner Wache nicht festhalten. „Im Moment muss ich ein privates Fahrzeug mieten, um die Gefangenen zu transportieren“, sagt er ruhig. Zudem hätte er gerne ein Motorrad für die beiden Kriminalbeamten. Sie sitzen in blütenweißen Hemden und Krawatte im Nebenzimmer und schreiben ruhig von Hand einen Bericht für die Ermittlungsakten. „Zurzeit müssen sie zu Fuß die nötigen Gänge machen, wenn sie Ermittlungen anstellen wollen“, sagt Yuang. Und die Liste seiner Probleme ist noch nicht zu Ende: „Wasser haben wir auch keins“, sagt der Oberst und zeigt auf den Toilettenblock mit Plumpsklos. Eine hässliche, braune Schicht bedeckt den Boden.

„Wir kennen ihre Probleme und wir werden tun, was wir können“, sagt Thomas Fritsch, als der Oberst mit seiner Wunschliste fertig ist. Die deutschen Beamten kennen die Probleme auf der Wache und versuchen, zu helfen. Bereits seit Wochen sprechen sie mit den Mitarbeitern der UN-Mission UNMISS, um einen Wassertank für die Wache zu organisieren. Auch das UN-Entwicklungsprogramm hat die Wache unterstützt und einen neuen Zellenblock gebaut. Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat ein Programm aufgelegt, um ein Funknetz für die südsudanesischen Polizei aufzubauen. Trotzdem verfügt die Wache in Munuki noch nicht einmal über ein Handfunkgerät. Es zeigt sich wieder das Paradox der Entwicklungshilfe im Südsudan: Die Projekte sind durchaus sinnvoll und ambitioniert, aber das Geld reicht angesichts der enormen Probleme einfach nicht aus.

Immerhin: Es gibt einige Fortschritte. Auf der Wache von Oberst Yuang haben die deutschen Beamten keine Beanstandungen – die Standards werden eingehalten. In den Zellen sitzen einige junge Männer, mit nackten Oberkörpern und bloßen Füßen. Aber überfüllt ist die Zelle nicht, niemand weist Spuren einer Misshandlung auf. Ein Gefangener springt auf, als Thomas Fritsch einen Blick in die Zelle wirft. „Warum werde ich nicht freigelassen“, ruft er. „Wer hat Dir erlaubt, zu reden! Hinsetzen, aber dalli“, brüllt Oberst Yuang. Aber der Fall ist geklärt: Der Anwalt des jungen Mannes ist noch nicht gekommen, um die nötige Kautions zu stellen. „Die Menschenrechtsstandards werden auf den Wachen, die ich gesehen habe, im Großen und Ganzen eingehalten“, sagt Thomas Fritsch, als wir auf dem Weg zurück zu UN-Basis sind. Bis man das über die ganze südsudanesischen Polizei sagen kann, wird es aber wohl noch eine Weile dauern.

10. Fahrt in die Geschichte

Wie lebendig die Bürgerkriegsvergessenheit im Südsudan immer noch ist, zeigt sich bei meiner ersten Überlandfahrt. Wenige Tage nach der Ankunft soll es nach Yeï gehen, einer Stadt im Süden, die in der Nähe der kongolesischen Grenze liegt. Es sind knapp drei Stunden Fahrt von Juba aus, auf einer Straße, die für hiesige Verhältnisse „sehr gut“ ist. Das sagt zumindest Robert. Er ist Fahrer des Jesuiten Flüchtlingsdienstes in Yeï. Die Organisation hat mich eingeladen, ihre Bildungsprojekte dort für einige Tage zu besuchen.

Leider ist die Straße nicht asphaltiert. Doch die vergangenen Regenzeiten haben bereits Spurrillen hinterlassen, teilweise sogar breite Löcher. Das hindert Robert nicht daran, zeitweise mit Tempo 100 zu brettern. Im letzten Moment weicht er Radfahrern oder Fußgängern aus. Nur gelegentlich begegnen wir LKW, Bussen oder Geländewagen. Bis 2005 war die Straße fast unpassierbar, weil sie stark vermint war, erzählt Robert. Er kennt sich aus, denn Robert war Soldat in der Rebellentruppe SPLA. „Nein, damals sind wir gelaufen“, erzählt er und lacht über die absurde Frage, wie die Truppen sich fortbewegt haben. „Da hätten wir für die heutige Strecke Tage gebraucht“. Ob sie denn wenigstens Schlafplätze gehabt hätten, will ich von Robert wissen. Wieder muss er lachen: „Nein, wir hatten einen Spaten, um uns wenigstens ein bisschen in den Boden graben zu können“. Aber interessanterweise habe er nie Malaria bekommen oder sei von giftigen Schlangen gebissen worden. Überhaupt: Der Krieg hat ihm nichts angetan, erzählt er. Im Gegenteil: Seine Geschichten klingen nach Abenteuer, Pfadfinderlager und Herausforderungen. Tote, Blut und Not kommen nicht vor. Genauso erzählte auch mein Großvater von seiner Zeit an der Front in Russland während des zweiten Weltkrieges.

„Das musst Du Dir vorstellen, wie wir die Lager der Nordarmeen angegriffen haben“, sagt Robert und seine Augen blitzen. „Immer um drei oder vier Uhr morgens, wenn die Wachen unaufmerksam waren. Das ist die Zeit, in der der Drang nach Schlaf am stärksten ist. Dann sind wir da rein und ein bis zwei Stunden später war alles vorbei.“ Ob er denn nicht krank oder verwundet worden sei. Krank nicht, sagt Robert, aber verwundet doch einige Male. „Guck’ mal, der Berg da drüben. Wir nennen ihn ‚Mountain Iraq‘, weil dort so viele Menschen bei Gefechten ums Leben gekommen sind. Wahrscheinlich würdest Du dort auch noch Massengräber finden, wenn Du graben würdest.“

Im Gegensatz zu vielen anderen ehemaligen Rebellen ist Robert nicht unglücklich mit seinem Leben. Er hat zumindest ein Einkommen als Fahrer des JRS. Vorher hat er als LKW-Fahrer Hilfsgüter von Uganda in den Südsudan gebracht. Doch die Arbeit gefiel ihm nicht. „Da bist Du manchmal drei Wochen am Stück oder länger von der Familie weg.“

Andere haben weniger Glück als Robert und sind heute arbeitslos. Wir sehen sie auf der Fahrt nach Yeï, an den kleinen Märkten, die immer mal wieder nach einigen Kilometern links und rechts der Straße auftauchen. Es ist nur eine Sammlung von Hütten mit kleinen Läden, in den Kekse, Cola oder Seife verkauft werden. Manchmal lehnen einige Polizisten mit Kalaschnikowgewehren über der Schulter unter einem Baum und sehen gelangweilt den Autos hinterher. Auch die ehemaligen Kämpfer sind leicht auszumachen: Sie sitzen vor den Hütten unter den Mangobäumen. Häufig trinken sie. Nur leider wollen weder Robert noch die anderen ehemaligen Soldaten, die ich treffe, mich ihren ehemaligen Kameraden vorstellen. „Die mögen keine Besucher“, heißt es dann nur.

Robert hingegen hat noch einige Pläne für sein Leben: Er will sich selbstständig machen. „Wenn ich genug gespart habe, dann kaufe ich mir einen LKW und transportiere dann Güter von Yeï nach Juba. Ich will nicht immer als Angestellter arbeiten, sondern mal mein eigener Herr werden.“

11. Der Brotkorb des Südsudan

Dass der Südsudan eines der ärmsten Länder der Welt ist, ist schwer vorstellbar auf der Fahrt nach Yeï. Denn während Robert sich darauf konzentriert, keinen Fußgänger oder Motorradfahrer zu überfahren, genieße ich die Landschaft. Wie schon der Blick aus dem Flugzeugfenster zeigte: Hier zeigt sich Postkartenafrica von seiner schönsten Seite, alle Klischees sind vorhanden. Die Regenzeit hat das ganze Gebiet in sattes Grün getaucht. Auf den Feldern sind überall Bauern mit Hacken und Spaten beschäftigt. Auf der Straße überholen wir Frauen, immer schwer bepackt. Auf dem Kopf

balancieren sie Wasserkanister, Töpfe, manchmal ganze Zuckerrohrstangen. An den Händen haben sie links eine Tüte, rechts ein kleines Kind oder noch weitere Kanister. Neben der Straße stehen Bananenstauden, Zuckerrohr oder Mangobäume. „Brotkorb des Südsudan“ steht in einigen Texten über Yei und die Umgebung. Doch trotzdem sind die Menschen arm und auch aus vielerlei anderen Gründen ist das Leben hier nicht paradiesisch.

Zum Beispiel fahren wir durch Lainya, einer verschlafenen Kleinstadt zwischen Juba und Yei. Auch hier stehen die Hütten, sitzen die Männer auf den Bänken und die Polizisten schauen gelangweilt auf die Straße. Wenige Tage nach meiner Rückkehr nach Deutschland meldet das katholische Radio, dass in Lainya County tausende Menschen nach ethnischen Kämpfen vertrieben wurden. Auch tausende Landminen sollen hier immer noch im Boden liegen, was gerade eine Gefahr für die Bauern darstellt. Zudem gibt es kaum Arbeit: „Guck mal, das ist Teakholz“, sagt Robert und zeigt auf eine dichte Reihe Bäume neben der Straße, die so gerade in den Himmel wachsen, als wollten sie mal als Schiffsmasten dienen. Diese Teakholzplantage, eine der größten im Südsudan, ist wegen des Krieges seit langem nicht mehr in Betrieb, erzählt er.

12. Armut mitten im Reichtum

Warum die Menschen trotz der fruchtbaren Böden und des vielen Regens arm bleiben, ist mir zunächst ein Rätsel. Eines, dem ich nachgehen will. Denn auch die soziale Lage der Menschen hat viel damit zu tun, wie erfolgreich der neue Staat wird. Experten sprechen von einer „Friedensdividende“, die die Menschen dringend spüren müssen. Das heißt im Klartext: Nur wenn die Menschen spüren, dass ihr Leben durch den Frieden besser wird, werden sie sich auch aktiv für den Erhalt des Friedens und damit des neuen Staats einsetzen.

Warum die Menschen trotz allem arm sind und sich oft beschweren, vom Frieden kaum zu profitieren, zeigt sich bei einem Besuch bei Chaplain Garang. „Graben“, antwortet der hochgewachsene, schlaksige Mann in einer braunen Leinenhose knapp auf die Frage, womit er seinen Lebensunterhalt verdient und seine Familie ernährt. Das ist das Synonym für „Landwirtschaft“, auf die Frage, was er macht, antwortet jeder Bauer einfach „Graben“. Wir treffen Chaplain Garang auf seinem Feld im Dorf Torre, einem kleinen Nest an der Straße irgendwo zwischen Yei und Yambio.

Ob er gerne eine andere Arbeit hätte? „Welche denn? Hier gibt es ja nichts“, sagt er und lacht. Seit dem Friedensabkommen 2005 flossen Millionen als Entwicklungshilfemittel in den Südsudan. Aber Chaplain Garang hat

davon bisher noch nichts gesehen. Der Vierzigjährige hat sein ganzes Leben in Torre verbracht, auch den Krieg hat er hier miterlebt. Stolz trägt er den Namen des großen Freiheitskämpfers John Garang, dem Gründer der Südsudanesischen Freiheitsbewegung (SPLM) und ersten Präsidenten des autonomen Südsudans.

Der kämpfte für einen freien Südsudan und auch Chaplain Garang wünschte sich immer einen unabhängigen Staat. Den hat er jetzt, aber nicht ganz so, wie er ihn sich vorgestellt hat. In Torre zeigt sich deutlich, wie schwach entwickelt die staatlichen Strukturen auf dem Land trotz aller Fortschritte noch immer sind. „Hier hat sich nichts verändert“, sagt Chaplain Garang und weist mit einer Hand in die Ferne. Rechts unterhalb der Felder und den Hütten liegt das Zentrum von Torre, wenn man es denn so nennen möchte. Immerhin steht dort ein weißes, niedriges Gebäude mit Blechdach – die kleine Klinik. Es gibt auch eine Grund- und sogar eine weiterführende Schule und eine Kirche. „Aber das gab es hier alles schon während des Krieges“, sagt Garang. Die Schulen habe die Regierung nach dem Ende des ersten Bürgerkrieges 1972 gebaut. Lediglich eine kleine Krankenstation zur Behandlung von AIDS-Patienten hat eine private Hilfsorganisation neu gebaut.

Ohne Infrastruktur gibt es auch keine Arbeitsplätze. So bleibt ihm nicht viel, als jeden Tag auf seinem kleinen Feld Gemüse anzubauen. Zumindest hungern muss die Familie nicht. Das ganze Land hier ist schon in das mir mittlerweile bekannte satte Grün getaucht. Auf jedem Meter wächst etwas: Braune Erdhaufen, in denen Süßkartoffeln wachsen, einige Bananenstauden mit ihren großen, ovalen Blättern oder auch Maniokwurzeln und Mais. Dieses Jahr hat Chaplain Garang Glück: Der Regen fällt und das reichlich, dick und grau türmen sich die Wolkenberge am Himmel auf und er schwingt die Hacke umso heftiger, um vor dem Regenguss noch möglichst viel auf seinem Feld zu arbeiten. Vom Regen sind er und seine Familie abhängig: Das Klima verändert sich auch in Afrika immer mehr. Gäbe es eine Dürre wie in Kenia oder Somalia, dann bliebe der Familie nichts übrig, als auf Lebensmittelhilfen von ausländischen Organisationen zu warten.

Hungern muss Chaplain Garang nicht, aber Geld hat er auch keins. Und das braucht er dringend: „Wie soll ich das Schulgeld bezahlen, wenn meine Kinder in die Schule kommen?“, fragt er rhetorisch und zeigt mit seinem Kopf auf die drei kleinen Kinder, die auf einer wackeligen Holzbank sitzen und mich als weißen Besucher mit einer Mischung aus Neugier und Angst mustern. Die Antwort auf die Frage kennt er – er wird es nicht schaffen. Eigentlich würde er gerne sein Gemüse verkaufen, aber das geht nicht. „Hier wächst gerade mal genug für uns“, erklärt Garang. Denn ihm fehlt es nicht nur an Hacken oder Spaten. Um mehr anzubauen, bräuchte er Samen und Dünger. Beides gibt es in Torre nicht, das kaum mehr als eine Ansammlung

von Hütten, einem kleinen Restaurant und einem Verwaltungsgebäude ist, ein Zwischenstopp für viele Autofahrer oder Sammeltaxis, die auf dem Weg in Richtung Kongo sind. „Wenn ich Saatgut kaufen will, dann muss ich bis zur kongolesischen Grenze kommen. Das sind drei Tage Fußmarsch“, sagt Garang etwas grimmig. Drei Tage, in denen er kein Essen für seine Familie anbauen kann.

Manchmal bestellt er die Felder anderer Leute, um etwas Geld zu bekommen. Seine Frau muss sich dann allein um die eigenen Felder kümmern. Es ist auch kein einträgliches Geschäft: Knapp 20 sudanesisches Pfund, gut fünf Dollar, kann er verdienen, in rund drei Wochen Arbeit. Auch mit Wassertragen hat er es versucht, zwei Kanister im Fluss gefüllt und das Wasser im Dorf verkauft. Dort gibt es kein fließendes Wasser. Aber auch das brachte ihm nichts ein.

Am 09. Juli hat er wie alle anderen in Torre auch gefeiert. Hinter der Polizeiwache und dem Verwaltungsgebäude liegt ein kleines Stück Rasen mit einer kleinen Steintribüne, die in den Nationalfarben rot, schwarz und grün gestrichen ist. „Das ist unser Freedom Square“, sagt er stolz und reckt den Kopf. Doch seitdem hofft Chaplain Garang darauf, dass endlich mal etwas passiert und er von der neuen Regierung Unterstützung erfährt. Zum Beispiel, dass das Landwirtschaftsministerium ihm mit etwas Samen für seine Felder helfen kann. „Ich war schon öfter bei der Verwaltung und habe nachgefragt, aber passiert ist nichts“, sagt Chaplain. Lediglich der zuständige Beamte habe mal vorbei geschaut und ihn gebeten, abzuwarten – irgendwann käme Unterstützung. Das gleiche haben auch die Kandidaten gesagt, die bei den Wahlen 2010 um die Stimmen der Bürger von Torre buhlten. „Die haben uns sogar gesagt, dass sie unsere Rechnungen bezahlen würden“, sagt Garang und zum ersten Mal liegt etwas Schärfe in seiner Stimme. „Aber seit der Wahl haben wir keinen mehr von ihnen gesehen. Ich bin diese Leute satt!“

Zur Unabhängigkeit kamen dann wieder optimistischere Signale. In seiner Rede zum Unabhängigkeitstag sagte der Chief den Bürgern von Torre, sie sollten der Regierung noch etwas Zeit geben. Die Regierung würde Schulen bauen und die Entwicklung des Gebietes vorantreiben. Darauf hofft Chaplain und in der Zwischenzeit geht er wieder jeden Tag aufs Feld – mehr bleibt ihm ja ohnehin nicht übrig. „Komm’ in fünf Jahren noch mal wieder, dann wird es hier viel besser sein“, sagt George zum Abschied und dann leuchten seine Augen. Es ist ein Satz, den ich während meines Aufenthalts häufig höre, wenn der Gesprächspartner ratlos ist, weil es so viele Probleme gibt und kaum Lösungen. Auf die Frage, was genau dann besser sein wird, zuckt er nur die Achseln. „Wir sollten der Regierung nicht zu viel abverlangen“, sagt er schließlich. „Die Regierung ist schließlich noch ein Baby.“

Zum Abschied nimmt er uns kurz zur Seite und fragt, ob wir vielleicht noch ein oder zwei Bücher hätten – für seine Kinder, zum Lesenlernen.

13. Staat mit Aufgabenteilung?

Oft scheinen es im Südsudan die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen zu sein, die Projekte vorantreiben. An den Hinweisschildern am Straßenrand ist das deutlich zu sehen. Es gibt kirchliche Schulen, kirchliche Krankenhäuser, kirchliche Kinderheime, kirchliche Ausbildungsstätten für Jugendliche oder Frauen, kirchliche Radiosender, sogar kirchliche Wasserpumpen. Die gleichen Projekte gibt es auch von Nichtregierungsorganisationen. Auf der Durchreise wirkt der Südsudan auf den ersten Blick wie ein Staat, der auf einer klaren Aufgabenteilung beruht: Der Staat besteht in erster Linie aus Verwaltungsbehörden, der Armee und der Polizei. Für die sozialen Dienstleistungen sind hingegen die Nichtregierungsorganisationen und die Kirchen zuständig. Und damit, indirekt, das Ausland. Denn die Kirchen bekommen ihr Geld nicht vom Staat, sondern zum kleinen Teil von ihren Gläubigen und von Gebern aus dem Ausland.

Diese Struktur ist gewachsen – in den Kriegsjahren waren vor allem Kirchen präsent. Trotzdem wirkt es mitunter so, als hätten sich alle Beteiligten mit dieser Lastenteilung ganz gut eingerichtet. Zumindest erzählt das einer meiner Gesprächspartner, der die örtliche Vertretung einer internationalen Hilfsorganisation leitet. Wie viele meiner Gesprächspartner möchte er seinen Namen in keinem Bericht lesen. Er ist selbst Südsudanese und hat während des Krieges im Ausland studiert. Nach dem Frieden kam er zurück in seine Heimat, um beim Aufbau des Landes mitzuhelfen. Nun, etliche Jahre später, ist auch er frustriert – und teilweise unterscheiden sich seine Berichte auch nicht von dem, was ausländische Helfer sagen, wenn sie über die südsudanesischen Verwaltung sprechen. Der Projektleiter nennt ein Beispiel: Vor einigen Jahren hatte seine Organisation Kopierer für die örtliche Schulverwaltung gekauft. Damit sollte die Verwaltung die Möglichkeit bekommen, die Aufgabenblätter für die zentralen Abschlussprüfungen zu kopieren.

„Zunächst haben sie uns gesagt, dass sie keine Möglichkeit haben, die Kopierer bei sich unterzubringen“, sagt der Entwicklungshelfer. Denn das Gebäude der Schulverwaltung hatte kein dichtes Dach – die Gefahr war groß, dass die Kopierer in der Regenzeit Schaden nehmen. „Also haben wir die Kopierer bei uns untergestellt.“ Doch jetzt, drei Jahre später, stehen sie immer noch in seinem Büro. „Wir haben dann die Vertreter der Schulbehörde gebeten, ihre Mitarbeiter zu uns zu schicken, damit sie die Bögen bei uns kopieren und mitnehmen. Stattdessen haben sie nur gefragt: ‚Warum könnt Ihr das

denn nicht für uns machen und uns anschließend die Bögen vorbeibringen?“ .“ Der Entwicklungshelfer ist desillusioniert: „Ich nehme kein Interesse bei den Behörden wahr, ihre Aufgaben selber in die Hand zu nehmen. Sie suchen sich lieber eine Nichtregierungsorganisation, die die Arbeit für sie erledigt.“

14. Quadbiking in Sambia und Bier unterm Sternenhimmel

Auf der anderen Seite profitieren auch die Entwicklungshelfer von den vielen Einsatzmöglichkeiten. Das stellt sich heraus, als ich eines Abends mit einer Gruppe ausländischer Helfer ein Bier trinken gehe. Wir sitzen unter dem freien Sternenhimmel von Yei, ein lauter Fernseher mit arabischen Spielfilmen und ein Billardtisch sind die einzigen Attraktionen, die dieses Lokal zu bieten hat. Es ist eine nette Runde, alle Entwicklungshelfer sind Europäer, Anfang 30 und ein Jahr oder länger vor Ort. Eines ihrer wichtigen Gesprächsthemen lautet: Was fange ich mit den R&R (Rest and Recreation) Aufhalten an? „Also, Quadfahren in Sambia kann ich Euch nur empfehlen“, sagt eine der Teilnehmerinnen, die sich sonst um den Aufbau medizinischer Grundversorgung kümmert. „Aber auch die Strände in Sambia sind traumhaft.“

15. „Bei Regen kein Unterricht“

Trotz der harten Worte des Entwicklungshelfers: Es gibt viele Menschen, die die Entwicklung des neuen Staates nicht ausländischen NGOs überlassen. Einer von ihnen heißt John Abugo Martin. Ein schwächlicher Mann mit kurzen schwarzen Haaren und schmalen Gesicht. Seine Schultern verschwinden unter dem hellblauen Hemd, die helle Leinenhose schlottert um seine Beine. Aus der Brusttasche ragt ein roter Filzstift – das Zeichen seiner Position. Ein roter Filzstift signalisiert Autorität. Oft sind es Lehrer und andere Staatsbeamte, die sie offen tragen. John Abugo Martin ist stellvertretender Schulleiter der Lasu Grundschule – und wer hier lernen möchte, muss hart im Nehmen sein.

Lasu ist ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten, die der Südsudan beim Aufbau seines Bildungswesens hat. Und wie engagierte Lehrer versuchen, das System trotzdem am Laufen zu halten. Gerade mal 44 Prozent aller schulpflichtigen Kinder gehen im Südsudan zur Schule. Oft können sich die Eltern die Schulgebühren nicht leisten, setzen die Kinder als Hilfe bei der Feldarbeit ein oder verheiraten ihre Töchter früh. Wer zur Schule geht, muss auch hart im Nehmen sein. Bereits auf der Fahrt nach Lasu sehen wir über-

all Kinder unter den Bäumen sitzen. Jeder hat genau ein Schulheft und einen Kuli, ganz wenige haben einen eigenen Plastikhocker dabei, die meisten sitzen einfach auf der Erde. Die Open Air-Schulen sind keinesfalls gewünscht – es fehlt an Schulgebäuden im ganzen Land. Rein statistisch kommen 129 Schulkinder im Südsudan auf ein Klassenzimmer.

Auch an der Lasu Grundschule gibt es keinesfalls Platz für alle. 447 Schüler lernen hier – und es gibt nur einen Block mit wenigen Klassenzimmern. Wer darin keinen Platz findet, hat Pech gehabt. Knapp hundert Schüler sitzen im Freien unter großen Mangobäumen. An jedem Baum lehnt eine alte Schiefertafel. Während eine Klasse lauthals auf Englisch zählen lernt, sind die Kinder daneben mit Stillarbeit beschäftigt. „Aufgabe: Ordne den folgenden Tieren die folgenden Fortbewegungsarten zu“, steht auf der Tafel vor ihnen. Rund vierzig Schüler sitzen davor, jeder hat ein zerfleddertes Heft und einen blauen Kuli in der Hand. Alle schreiben emsig in ihre Hefte. Trotz des Lärms – es könnte alles viel schlimmer sein. „Wenn es regnet, haben wir keinen anderen Platz für diese Schüler. Dann fällt der Unterricht hier für sie aus“, sagt John Abugo Martin. Heute besteht keine Gefahr: Weiße Wolken türmen sich am stahlblauen Himmel und die Sonne scheint. Auch an Lehrern fehlt es an allen Ecken und Enden. Neben John Abugo Martin gibt es noch vier Lehrer an der Lasu Grundschule und zwei ehrenamtliche Lehrkräfte.

Doch John Abugo Martin ist hart im Nehmen – die Bedingungen schrecken ihn nicht. Seit 1992 arbeitet er als Lehrer und hat in den Kriegsjahren ganz Anderes erlebt. Als er in seinem Büro sitzt und ausholt, wird es eine jener Geschichten der Generation, die im Krieg unvorstellbares erlebt hat. Ein Jahr vor dem Abitur musste John Abugo Martin die weiterführende Schule verlassen, weil seine Eltern kein Geld mehr für die Schulgebühren hatten. „Die Regierung hat dann verfügt, dass alle Schulabgänger in den Grundschulen unterrichten sollen, um sich nützlich zu machen“, erzählt er. So kam er nach Lasu. „Es gab damals wegen des Krieges keine Materialien, wir haben mit Holzkohle geschrieben, weil es keine Kreide gab“, sagt Martin. „Statt Tafeln haben wir Wellblech genommen. Manchmal mussten wir sogar mit Maniok-Wurzeln schreiben, weil wir keine Kreide hatten.“

Ob er und seine Kollegen für die Arbeit bezahlt wurden? Da lacht Martin auf. Geld kam von der Regierung nie. „Die Eltern haben uns damals unterstützt, indem sie für uns Obst und Gemüse angebaut haben, damit wir etwas zu essen hatten“, erzählt Abugo Martin. Ob er nie daran gedacht hat, ins Exil zu gehen, wie Millionen anderer Südsudanesen? Da lacht er auf. Nein, das sei ihm nie in den Sinn gekommen – er habe sich nützlich machen wollen.

Verglichen mit den Kriegsjahren ist jetzt vieles besser geworden – in Lasu und im Leben von John Abugo Martin. Zum Beispiel gibt es das neue Gebäude mit den Klassenzimmern. 1973 war bereits ein Gebäude gebaut worden,

das aber vor einigen Jahren einstürzte. Lange hatte die Schule keine Klassenräume mehr. Das neue Gebäude verdankt er aber nicht dem Staat. Die katholische Hilfsorganisation „Jesuiten Flüchtlingsdienst“ (JRS) hat es gebaut.

Von privaten Hilfsorganisationen bekommt er ohnehin die meiste Hilfe. Hinter dem Schreibtisch türmen sich Kartons. Die Aufschriften lesen sich wie ein Verzeichnis der internationalen Hilfsorganisationen. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF liefert Hefte, der Jesuiten Flüchtlingsdienst Klassenbücher und Hefte, eine amerikanische Organisation hat Bücher gespendet. „Wenn wir keine Spenden bekämen, müssten die Eltern selber Hefte kaufen. Das können sich nur die wenigsten leisten“, sagt Abugo. Doch bald werden sie genau vor diesem Problem stehen. Denn einige Hilfsorganisationen werden das Gebiet verlassen und die Hilfen für die Schulen einstellen. Denn verglichen mit anderen Gebieten ist dies eine der wohlhabendsten Gegenden im Südsudan. Dabei ist für viele Eltern schon das Schulgeld eine Herausforderung, sagt Abugo Martin. 48 südsudanesisches Pfund, knapp 13 Euro, kostet ein Schuljahr pro Kind an der Lasu Grundschule.

Trotz allen Schwierigkeiten steigen die Schülerzahlen im Südsudan seit einigen Jahren. Denn die Entwicklung des Bildungssektors hat sowohl für die Regierung als auch für die ausländischen Geber Priorität. John Abugo Martin freut das. Er weiß, dass der junge Staat nur funktionieren kann, wenn seine Bürger gut ausgebildet sind.

„Wer zur Schule gegangen ist, hat das nötige Wissen, um seiner Familie ein gutes Leben zu ermöglichen“, sagt er schlicht. „Nehmen Sie mich zum Beispiel. Ich kann nicht nur als Lehrer arbeiten. Ich habe zum Beispiel auch in der Schule gelernt, wie man ein Feld richtig bestellt. Ich könnte also auch als Bauer Geld verdienen.“

Auch John Abugo Martin hat noch Ziele für sich selbst. Er will nicht sein Leben lang Lehrer bleiben. Zwei Kurse hat er bereits absolviert – ein Fernstudium bei einer privaten Hilfsorganisation und einen Präsenzkurs in Yei, der nächstgelegenen Stadt. Damit hat er die Qualifikation für ein Universitätsstudium und hofft, dies an der Universität von Juba absolvieren zu können. „Dann möchte ich promovieren“, erzählt er. Und dann? „Eines Tages als Professor arbeiten.“

16. Die Friedensmacher von „Reconcile“

Auch Pfarrer Peter Tibi gehört zu den Engagierten im Südsudan. Allein um die Aufgaben seiner Organisation aufzuzählen, braucht der evangelische Pfarrer schon fast eine Minute. „Friedensarbeit, Staatsbürgerkunde, psychosoziale Betreuung und Rehabilitation, Konfliktvermittlung“, sind nur einige der Schlagworte, die fallen. Peter Tibi ist der Direktor des „Resource Cen-

ter for Civil Leadership“ oder kurz „Reconcile“. Die Organisation sitzt in Yeï, einer Stadt im Süden des Sudan, drei Autostunden von Juba entfernt. Konflikte scheinen weit weg zu sein, wenn man sich das Büro von „Reconcile“ ansieht: Grüne Bäume und blühende Blumen stehen auf dem Grundstück, einige langgestreckte Häuser und Rundhütten stehen darauf. Das Tor steht weit offen, weil der Wächter mit Gärtnerarbeit beschäftigt ist. Vor dem Hauptgebäude rostet ein weißer Geländewagen ohne Räder vor sich hin.

Doch die Montagsruhe täuscht: Pfarrer Tibi und sein Team sind gefragt. Allein schon einen Termin mit dem Chef zu bekommen ist eine Herausforderung: „Wir machen nächste Woche Workshops im Unity State, dann bin ich zu einer Konferenz in Juba, und dann...“, lauten die Aussagen des Pfarrers am Telefon. Denn „Reconcile“ beschäftigt sich mit den Problemen, die den neuen Staat besonders plagen. Es sind die vielen gewaltsamen Konflikte, die immer wieder überall ausbrechen. Fast jeden Abend meldet das katholische Radio in seinen Nachrichten wieder, dass irgendwo im Südsudan Menschen auf der Flucht sind. Alltag für Peter Tibi: „Die Hauptgründe für die Konflikte sind: Zugang zu Land, unklare Grenzverläufe, mangelnde Versorgung mit Ressourcen, Überbleibsel des Krieges und die Konflikte zwischen Bauern und Viehzüchtern“, zählt er kurz auf. „Während des Krieges sind viele Menschen geflohen oder wurden vertrieben. Viele Menschen sind als Flüchtlinge in andere afrikanische Länder oder in den Norden des Sudan gegangen. Jetzt kommen viele Menschen zurück und die Bevölkerungszahl steigt. Jede Familie möchte natürlich Land besitzen, um dort Ackerbau zu betreiben oder Häuser zu bauen“, erzählt Peter Tibi. Doch Besitzurkunden hat niemand, daher streiten sich oftmals ganze Großfamilien oder Clans um ein Stück Land. Hier kommt „Reconcile“ ins Spiel. Die Organisation vermittelt zwischen den Clans, versucht Kompromisse zu finden. „Die Regierung hat nicht genug Kapazitäten, um alle Konflikte zu schlichten. Es gibt zwar viele Mitarbeiter, aber sie haben nicht die nötigen Kenntnisse in friedlicher Konfliktschlichtung. Wir versuchen möglichst viele Menschen darin auszubilden“, sagt Peter Tibi. Die Stimme des Pfarrers täuscht über die Wucht seiner Worte hinweg. Die ganze Zeit spricht er mit sanfter, ruhiger Stimme, als wolle er ein Beichtgespräch führen.

Auch ein weiterer Grund für die Gewalt im Südsudan ist ein Überbleibsel des Krieges. „Es gibt immer wieder Grenzstreitigkeiten. Verschiedene Familien versuchen die Grenzen ihrer Grundstücke auszuweiten. Sie wollen zum Beispiel die Grenzen verschieben, um Wälder in Besitz zu nehmen. Dann erlauben sie anderen, gegen Geld in diesen Wäldern Holz zu schlagen.“ Das dritte, große Problem ist der Konflikt zwischen Viehzüchtern und Bauern. „Wenn die Viehzüchter ihre Herden nicht richtig kontrollieren, neigen die Tiere dazu, die Felder von Bauern leer zu fressen. Dann kommt es schnell zu

Konflikten zwischen Bauern und Viehzüchtern.“ Durch die vielen illegalen Waffen werden die Konflikte dann schnell blutig.

Doch die Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage, diese Konflikte zu entschärfen, meint Peter Tibi. Vielmehr würden sie nicht als neutraler Schlichter, sondern als Konfliktpartei wahrgenommen. Dies deckt sich mit den Berichten zahlreicher Experten, die sich mit der Sicherheitslage im Südsudan befasst haben. Immer wieder haben diese Berichte einen gemeinsamen Nenner: Wenn die Sicherheitsorgane kommen, schlagen sie mit äußerster Härte zu. Dadurch werden die Konflikte oft noch intensiver. Peter Tibi macht dafür die mangelnde Ausbildung der Beamten verantwortlich: „Die Sicherheitsorgane sind mit für die Unsicherheit verantwortlich“, meint er schlicht. „Als der Friedensvertrag unterschrieben wurde, sind viele Rebellen einfach versetzt worden. Über Nacht wurden aus Rebellen Polizisten, Wildhüter oder Gefängniswärter. Aber von ihrer Einstellung her befinden sie sich immer noch im Krieg. Sie sind nie darin ausgebildet worden, was es bedeutet, in Friedenszeiten ihren Job zu machen. Die Polizisten wissen nicht, wie man friedlich Recht und Ordnung aufrechterhält. Die Wildhüter wissen nicht, dass sie ihre Waffen haben, um Tiere zu schützen.“

An einem einfachen Beispiel versucht er, das Dilemma zu beschreiben. In der Tat kenne ich die Situation, die Peter Tibi beschreibt, von einigen Autofahrten in der Hauptstadt Juba, wo die weißgekleideten Verkehrspolizisten mit ihren schwarzen Baretten und Holzstöcken den Verkehr häufig zum Erliegen bringen: „Menschen, die jahrelang als Rebellen im Busch gekämpft haben, sind heute bei der Verkehrspolizei“, erklärt Peter Tibi. „Plötzlich stehen drei oder vier an einem Kreisverkehr und sollen den Verkehr regeln. Der eine dirigiert den Verkehr nach links, der andere nach rechts und der dritte pfeift ständig auf seiner Trillerpfeife. Das Ergebnis ist ein heillooses Verkehrschaos, weil niemand diese ehemaligen Rebellen darin ausgebildet hat, den Verkehr zu regeln.“

Neben der Ausbildung nennt Tibi als weitere wichtige Priorität die Entwaffnung der Bevölkerung. Vielfach hat die Regierung versucht, die Bevölkerung dazubringen, ihre Waffen abzugeben. Erfolg hatten diese Aktionen nur bedingt – gleichgültig, ob die Bürger aufgerufen wurden, ihre Waffen freiwillig abzugeben, oder ob man versuchte, sie einzusammeln. Peter Tibi glaubt, dass das erst passieren kann, wenn die Bevölkerung mehr Vertrauen in die Sicherheitskräfte hat: „Aufgrund der Geschehnisse im Krieg haben viele Menschen immer noch Angst. Die Angst wird verstärkt, wenn sie die Polizei mit schweren Waffen herumlaufen sehen. Daher fühlen sich die Menschen nur sicher, wenn sie selber eine Waffe besitzen. Aber die Zahl der Waffen sollte reduziert werden. Auch bei den Sicherheitsorganen. Wir sehen ständig überall Bewaffnete in Uniform herumstehen – die Armee

hat Waffen, die Polizei hat Waffen, die Tierschutzbehörde hat Waffen, der Justizdienst hat Waffen. Die Zahl der Waffen sollte reduziert werden und die Waffen sollten in Waffenkammern aufbewahrt werden. Dann werden die Menschen auch weniger Angst haben.“

17. Friedensarbeit an der Graswurzel

Was Peter Tibi in seinem Büro theoretisch erzählt, möchte ich gerne in der Praxis sehen. Er ermöglicht mir einen Besuch bei einem seiner sogenannten „Key Mobilizer“. Es sind Freiwillige, die von „Reconcile“ ausgebildet werden, um in ihren Dörfern praktische Friedensarbeit zu leisten – durch Vermittlung bei Konflikten oder kleine Seminare zum Beispiel. Nicht weit von Yei entfernt treffen wir Isaac Samuel bei der Arbeit im Bezirk Mugwo, knapp 40 Minuten mit dem Auto entfernt. Seit dem Morgen schüttet es ununterbrochen aus dem grauen Himmel. Die Erdstraße verwandelt sich langsam in ein Meer aus rotem und orangefarbenem Schlamm, das mit dem Braun des Himmels zu verschmelzen scheint.

Nass und traurig hängen die Grashalme an den Straßen herunter und die Gegend scheint menschenleer zu sein – wer kann, hat sich irgendwo unter ein Dach zurückgezogen.

Das Grundstück, um das es geht, scheint ziemlich unbedeutend auf den ersten Blick. Es liegt links und rechts der Straße nach Yei und außer der Ruine eines Hauses aus Schlamm und Stroh wird es nur von ungemähtem Elefantengras bedeckt. Und trotzdem hat der Konflikt bereits einige Verletzte gekostet. Nun will Isaac Samuel, der Key Mobilizer des Mugwo Payams dafür sorgen, dass der Konflikt nicht noch schlimmer wird.

„Das hier ist ein typischer Landkonflikt“, begrüßt er uns, als wir uns durch den Regen in die halb eingestürzte Hausruine vorgekämpft haben. „Einer der Clans verkündete, dass ihm das Land gehörte. Dann kam ein anderer Clan und verlangte ebenfalls, dass ihm das Land gehören sollte. Jetzt haben wir das Chaos.“

Während wir sprechen, kommt einer der beiden Clans mit einer kleinen Delegation vorbei. „Bis 2002 lebten wir hier alle friedlich zusammen“, erzählt der Clanälteste, ein würdevoller Mann mit faltigem Gesicht. Einige Mitglieder des Loguri-Clans haben die anderen Mitglieder überzeugt, dass sie eine Besitzurkunde für dieses Stück Land beantragen sollten“, erklärt er. Vermutlich, weil das Land lukrativ ist. Es liegt direkt an der Fernstraße nach Uganda. Laufend kommen LKW vorbei, die Waren aus Uganda in die Hauptstadt Juba transportieren. Das Land ließe sich also gewinnbringend nutzen. Zum Beispiel um einen Kiosk für LKW-Fahrer anzulegen.

Doch keiner der beiden Clans will aufgeben. Die Loguris müssten die Gegend sofort verlassen, fordert der Clanälteste. Stattdessen eskaliert die Gewalt – so sehr, dass auch er besorgt ist. „Wir kämpfen jetzt gegeneinander. Es ist sogar soweit gekommen, dass wir mit Pfeil und Bogen aufeinander schießen.“ Auch Schusswaffen hätte der Loguri-Clan sich besorgt, meint der Älteste. Daraufhin hätten sie sich an den zuständigen Distriktkommissar gewandt. „Aber bis jetzt haben die Behörden nichts getan“, meint der Dorfälteste wütend.

Die Behörden wissen von der Gewalt zwischen den beiden Clans. Doch der zuständige Verwaltungsbeamte zuckt nur müde mit den Achseln, wenn man ihn auf diese Konflikte anspricht: „Wir können da gar nichts machen. Der Fall muss vor Gericht.“ Das zuständige Gericht liegt aber in Yeï. Isaac Samuel erzählt, dass Verfahren dort sich über Jahre hinziehen können, weil das Gericht völlig überlastet sei. Auch die UN-Friedenstruppe UNMISS kann wenig tun. Die nächste Kaserne ist in Yeï und der Einsatzbezirk groß. Tatsächlich kommt nach einigen Minuten eine Streife vorbei. Doch der weiße Jeep mit der wehenden blauen UN-Fahne fährt nur im Schrittempo an uns vorbei, während die Friedenssoldaten aus Bangladesh aufmerksam unsere Gruppe betrachten. Nach wenigen Minuten ist das Fahrzeug wieder verschwunden.

Deshalb ist Isaac Samuel aktiv geworden. „Wenn wir diesen Konflikt nicht lösen, dann kann der Konflikt schnell ausarten und zu einer Menge Gewalt führen. Ich will, dass beide Clans wieder friedlich miteinander zusammen leben.“

Das bedeutet für Isaac Samuel: Zuhören. Ganz viel zuhören und gutes Zureden. Denn noch hat er es nicht einmal geschafft, beide Seiten an einen Tisch zu bekommen. „Eine der beiden Gemeinschaften hat bereits zugestimmt, dass sie eine friedliche Lösung des Konfliktes wollen. Jetzt muss ich noch die anderen überzeugen.“ Einer der beiden Clans hat bereits mitgeteilt, wie sie sich eine mögliche Schlichtung vorstellen können. Jetzt versucht Isaac Samuel, diese dem anderen Clan zu präsentieren. Eine Menge möglicher Ideen, wie sich der Konflikt lösen ließe, hat Isaac Samuel bereits. Zum Beispiel könne man das Land aufteilen oder ein Clan dem anderen eine bestimmte Zahl Vieh als Abschlagszahlung überlassen.

18. Pfarrer Levy und der Alkohol

Peter Tibi schlägt vor, dass ich noch einen weiteren Key Mobilizer von „Reconcile“ kennen lerne. Levy Mayeth Matatia ist im Hauptberuf Pfarrer der anglikanischen Kirche in Yeï. Würdevoll sieht er aus, wie er in seinem schwarzen Hemd und dem weißen Priesterkragen auf einem indischen Motorrad thront und sich zwischen den Schlaglöchern auf der Hauptstraße von Yeï einen Weg bahnt. Reverend Levy Mayeth Matatia ist ein vielbeschäftig-

ter Mensch, auch wenn es in der Stadt keine Landkonflikte gibt. Hier zeigt der Staat Präsenz und stellt für Grundstücke Besitzurkunden aus.

Reverend Levy kümmert sich daher um die Wunden, die der jahrzehntelange Krieg hinterlassen hat. Ständig flitzt er mit seinem roten Motorrad durch die Stadt, um Vorträge und Diskussionsrunden zu halten. Er nimmt mich mit zu einer Diskussion rund um das Thema „Alkoholismus“. „Wir haben hier ein großes Problem mit Alkohol und Drogen. Sie können hier eine Menge junger Männer sehen, die den ganzen Tag an der Straße sitzen, Karten spielen und trinken“, sagt Levy. Aber das sei ja noch nicht das größte Problem. Es komme oft noch schlimmer.

„Ich höre ständig: Stell’ Dir vor, der Sohn von soundso hat sich erhängt. Der Sohn von soundso hat sich erschossen.“ Für ihn ist das eine direkte Folge des Krieges. Denn viele dieser jungen Männer, die neben der Straße sitzen, sind ehemalige Kindersoldaten der verschiedenen Rebellentruppen. „Wenn ich mich mit ihnen unterhalte, dann höre ich, dass viele wegen ihrer Arbeitslosigkeit frustriert sind“, sagt Levy. Viele seien im Krieg geboren worden und hätten sich den Rebellen angeschlossen oder seien zwangsrekrutiert worden. Eine Schule haben sie nie besucht – was bedeutet, dass sie jetzt kaum Chancen haben, einen Job zu finden. „Und jetzt in der ersten Klasse zu sitzen, ist ihnen zu peinlich“, erklärt Levy. Zudem seien viele von ihren Kriegserfahrungen traumatisiert und litten unter psychischen Störungen. Wenn sie zudem ihre Familien nicht ernähren könnten, käme es zu Streit und Trennung – was die Depressionen noch verstärke.

Deswegen ist der Umgang mit Alkoholikern und Drogensüchtigen einer der Schwerpunkte von Reverend Levy. Bezahlt wird er eigentlich dafür, verschiedene Entwicklungsprojekte der anglikanischen Kirche in der Diözese Yei zu leiten. Doch in seiner Freizeit hält er in verschiedenen Gemeinden Vorträge. An einem Montagnachmittag nimmt er mich in eine Gemeinde mit. Die Kirche steht nur im Rohbau, auf die grauen Wände ist ein Blechdach gesetzt. Der Boden besteht aus Sand, Helfer bauen einige wackelige Holzbänke und Plastikstühle auf. Knapp vierzig Menschen sind gekommen. Viele Frauen in bunten Kleidern sitzen in den ersten Reihen, fast alle geben einem Kind die Brust. Auch einige Jugendliche in Schlabberjeans und T-Shirts sitzen hier und da auf den Bänken. „Also, was für Probleme gibt es, wenn Menschen trinken?“, fragt Reverend Levy und die Antworten prasseln nur so auf ihn ein. „Alkoholiker versaufen das Geld und die Familien haben nichts mehr“, ruft eine Frau. „Sie urinieren auf sich selbst“, sagt eine andere. „Sie sind der Grund für die vielen Schlägereien“, ruft ein Jugendlicher dazwischen. Auch eine klare Meinung hat die Gemeinde, wie mit Alkoholikern umzugehen sei: Die Polizei soll sie wegsperren.

Reverend Levy schreitet derweil wie ein Prophet durch die Kirche, er spricht mit weitausholenden Bewegungen und Donnerstimme, als wolle er ein besonders verhängnisvolles Evangelium verkünden. „Alkoholismus ist eine Krankheit“, ruft er in die Menge und fängt an zu beschreiben, wie der Alkohol das Gehirn der Menschen verändert. Erstaunt schaut die Menge den Pfarrer an, als er erklärt, dass Alkoholiker ab einem bestimmten Punkt gezwungen sind, zu trinken und nur durch eine systematische Entwöhnung ausgenüchert und geheilt werden können. „Ihr müsst mit den Menschen reden“, beschwört Levy die Menge immer wieder. „Sie sind aber aggressiv“, hält eine Frau dagegen. „Dann wartet, bis sie nüchtern sind und versucht es wieder“, sagt Levy. Dann schlägt er vor, mit den Alkoholikern einen Plan zu machen, wie sie ihre Dosis Schritt für Schritt reduzieren können. Es ist ein frommer Wunsch, so Menschen zu heilen, aber die einzige Möglichkeit in einem Staat ohne Psychotherapeuten oder Suchtkliniken.

Schließlich zerfasert die Diskussion: „Das ist doch alles die Schuld der Regierung. Früher gab es hier keinen Alkoholismus! Die Regierung muss endlich etwas tun!“, sagt ein Mann wütend. „Wir als Bürger haben eine Verantwortung für die Gesellschaft. Die können wir nicht einfach auf den Staat abschieben“, antwortet Pfarrer Levy ihm schlicht.

19. Mary, die Tänzerin

Nicht nur durch die Diskussionsrunde mit Pfarrer Levy wird deutlich, welche schwerwiegenden psychischen Folgen die Kriegserfahrungen auch heute noch für viele Menschen im Südsudan haben. Immer wieder sehen wir Menschen, die offenbar geisteskrank sind, auf den Straßen. Einmal steht einer in einem Lokal plötzlich vor mir, zieht mich immer wieder am Arm und brabbelt Laute. Vor lauter Überraschung weiß ich nicht, was ich jetzt tun oder lassen soll. Nach einigen Momenten kommt der Wachmann und zieht ihn heraus. Doch besonders im Gedächtnis bleibt mir Mary, die Tänzerin. Ihren richtigen Namen lerne ich nicht kennen. Mary zieht in einem zerrissenen Kleid durch die Straßen der Innenstadt von Yei. Dabei läuft sie barfuss über die Steine und Schlaglöcher. Sie fällt auf, weil sie immer zu strahlen scheint. Alle paar Minuten bleibt sie stehen und tanzt einige Schritte zu einer Musik, die nur sie allein hört. Bedrückend wird es einige Tage später, als wir Mary an einer Straßensperre sehen. Die Soldaten heben leere Plastikflaschen vom Boden auf und werfen damit auf Mary. Doch die strahlt und tanzt nur.

20. Schwierige Reintegration

Die Begegnung mit Pfarrer Levy und seine Berichte über die Probleme ehemaliger Soldaten haben mein Interesse an dem Thema geweckt, wie es den ehemaligen Rebellenkämpfern geht und warum sie scheinbar keine Hilfe vom Staat bekommen. Denn es gibt ein sogenanntes DDR-Programm. DDR steht für Demobilization (Demobilisierung), Disarmement (Entwaffnung) und Reintegration (Reintegration) früherer Rebellen Soldaten. Der Umgang mit den ehemaligen Soldaten hat einen großen Einfluss auf die Zukunft des Südsudan. „Wir hatten eine Armee, die im Vergleich zur Größe unseres Landes viel zu groß war und zu viel Geld kostete. Daher mussten wir die Armee reduzieren. Aber wir können Soldaten nicht einfach entlassen, denn dann stellen sie ein Sicherheitsrisiko da“, sagt William Deng Deng. Der große Mann im schwarzen Anzug leitet die DDR-Kommission des Südsudan. Er trägt einen schwarzen Anzug und spricht Englisch mit amerikanischem Einschlag. Durch die Klimaanlage ist sein Büro auf Kühl-schranktemperatur heruntergekühlt. „Free at last“ steht auf den Kaffeetassen, die auf dem blitzenden Holztisch stehen. Was William Deng Deng vornehm umschreibt, ist in vielen Postkonfliktstaaten eine große Herausforderung: Denn wenn die Soldaten einfach nach Hause geschickt werden und keine Hilfe dabei bekommen, einen neuen Lebensunterhalt zu finden, werden sie zum Sicherheitsrisiko. Angesichts der sozialen Not schließen sie sich bewaffneten Gruppen an und können entweder als Teil von Milizen oder Verbrechergruppen das Land terrorisieren. Auch im Südsudan gibt es einige dieser Milizen, die gegen die SPLM-Regierung kämpfen.

„Wir haben im Südsudan ungefähr 12.500 Soldaten entwaffnet und über 9.000 reintegriert“, sagt William Deng Deng. Damit liegt das DDR-Programm weit hinter dem Zeitplan, denn eigentlich sollten schon 35.000 Soldaten reintegriert worden sein. Er setzt seine Hoffnung jetzt auf die nächste Phase, in der das Programm schneller vorankommen soll.

Doch darauf können die ehemaligen Rebellen, die am Straßenrand sitzen und trinken, nicht hoffen. Sie sind offiziell gar nicht Teil des Programms „Es gibt Menschen, die sich quasi selbst entlassen haben. Dies war ja eine Guerilla-Armee. Nach dem Frieden haben sich viele Kämpfer entschieden, einfach die Armee zu verlassen und zurück in ihre Dörfer zu gehen. Wir haben kein Mandat, uns um diese Menschen zu kümmern“, sagt William Deng Deng. Seine Kommission reintegriert aber nur Soldaten, die zum Auftakt des Programms noch aktive Mitglieder der SPLA waren. Das ist nicht zuletzt eine pragmatische Entscheidung: Umfassende Mitgliederlisten gab es in der SPLA nicht. Daher hätten ehemalige Soldaten oft gar nicht beweisen können, dass sie früher Mitglieder der SPLA waren.

Doch auch mit den Soldaten in seinem Programm hat William Deng Deng ein großes Problem. Viele von ihnen sind Analphabeten ohne jede Berufsausbildung. Durch das Programm bekommen sie eine kurze Ausbildung. Aber das sind Kurse von mehreren Monaten, die nach Meinung vieler Experten kaum ausreichen, um das nötige Wissen zu vermitteln, um sich erfolgreich selbstständig zu machen. Mangels formeller Stellen gibt es nur einen Weg für frühere Soldaten: Eine selbständige Arbeit im informellen Sektor. „Wir haben keine Industrie. Aber wir können sie in Viehhaltung, in der Landwirtschaft oder in der Fischerei ausbilden“, zählt er auf. Doch wie ich von den Reisen im Land weiß, sind im informellen Sektor die Einkünfte nicht groß. Viele Menschen fristen ein Leben in Armut. „Vielleicht wird es ihnen am Anfang nicht gut gehen. Aber mit der Zeit werden die ehemaligen Kombattanten gute Einkünfte haben“, sagt dagegen William Deng Deng auf meinen Einwand.

21. Mary backt kleine Brötchen

Eine der Absolventen der ersten Phase des DDR-Programms lerne ich kennen. Sie ist das Gegenbeispiel zu den ehemaligen Rebellen am Straßenrand. Mary Alak Yom Makur ist der Erfolgsfall, den man gerne Journalisten zeigt. Unter ihrem Marktstand mit der schwarzen Plastikplane riecht es gut nach frischem Brot. Eine angenehme Abwechslung auf dem „New Site Market“ in Juba, wo sonst der Geruch von Schlamm, Abwasser und Fett in der Luft hängt. Viele Kunden drängen sich am Stand von Mary Alak Yom Makur vorbei.

Vorsichtig zieht die hagere Frau im blauen Rock und dem roten Hemd das Blech aus dem kleinen Ofen vor dem Stand. Oben auf dem schwarzen Ofen glühen Kohlen. Gelbgolden glänzen die kleinen, runden Brotlaiber auf dem Blech, die Mary Alak Yom Makur schnell auf den großen Blechteller legt. Geschickte Finger brauchte sie auch in ihrem früheren Leben – als Sanitäterin und Köchin bei der Rebellenarmee SPLA. Viele der Kunden vor dem Stand tragen noch immer die Uniform der SPLA. Der Markt liegt nahe einer großen Kaserne. Von 1984 bis 2005 gehörte Mary Alak Yom Makur zur Armee. „Das war ein hartes Leben“, sagt sie. Aber über die Kriegserfahrungen möchte sie zunächst nicht reden. Nur nach einiger Zeit mag sie dann doch einige Erfahrungen preisgeben. „Da wir keine Medikamente hatten, blieb uns oft nichts anderes übrig, als Salz auf die Wunden der Soldaten zu streuen, um sie zu desinfizieren“, erzählt sie ganz nüchtern und sachlich. Und erzählt dann mehr: Über stundenlange Märsche querfeldein, über die Sorge um ihre Kinder, die an Malaria erkrankten, ohne das sie Medikamente besorgen könnte. „Es war schön, als der Frieden kam“, erinnert sich Mary.

Kurz unterbricht sie das Interview: Eine Kundin bleibt vor den Brotlaiben stehen. 2 kleine Brötchen kosten 1 Pfund, gut 30 Eurocent. Mary wirft das Geld in einen weißen Plastikeimer und packt die Brötchen in einen durchsichtigen Plastikbeutel.

Das Brotbacken hat sie im DDR-Kurs gelernt. Im Dezember 2010 bekam sie einen Mikrokredit von 200 sudanesischen Pfund (knapp 55 Euro) und startete damit ihre kleine Bäckerei. „Ich bin sehr glücklich über mein Geschäft. Ich habe jetzt schon zwei Marktstände aufgemacht und backe nebenher noch Brot. Dadurch verdiene ich wenigstens das Geld, um meine Kinder zur Schule schicken zu können“, sagt sie und zeigt auf die anderen Stände. Neben Brot verkauft sie Waschmittel, Mehl, auch ein paar Plastiksclappen baumeln in Beuteln von der Decke. Sieben Kinder muss Mary ernähren. Der jüngste ist elf, der älteste 30 Jahre alt geworden. Fünf von ihnen sind noch in der Schule und das Geld für die Schulgebühren ist eine monatliche Herausforderung für Mary. „Vier Uhr morgens stehe ich auf und neun Uhr abends gehe ich nach Hause“, erzählt Mary. Nun träumt sie, eines Tages ein richtiges Steinhaus zu bauen, um dort ein Geschäft einzurichten.

Bis jetzt ist Marys Geschichte eine Erfolgsgeschichte. Aber eines wird während meines Aufenthaltes ganz deutlich: Sie ist die Ausnahme und nicht die Regel unter den ehemaligen Rebellen.

22. Gedanken zum Abflug

Stau am Flughafen Juba, sowohl auf dem Rollfeld als auch in der Abflughalle. Auf dem Rollfeld stauen sich die Maschinen: Egypt Air aus Kairo, Air Uganda aus Kampala, Ethiopian Airways aus Addis Abeba, ein UN-Flieger und zwei Maschinen aus Kenia warten auf Passagiere. Die stapeln sich fast in der engen Abflughalle. Die Glücklichen haben einen Sitzplatz in einem Ledersessel ergattert, die anderen stehen und scharren mit den Füßen. Die Hitze staut sich und alle warten, dass ihr Flug endlich aufgerufen wird. Dann geht es zu Fuß durch eine Tür auf das Rollfeld und zur Maschine.

Der Flug nach Nairobi ist anscheinend der Letzte und dadurch habe ich die Zeit, die Reise noch einmal Revue passieren zu lassen. Wird der Südsudan nun ein „failed state“ oder nicht? Was er letztendlich sein wird, kann auch ein vierwöchiger Aufenthalt nicht beantworten. Es gibt zwei Antworten auf diese Frage: Die Perspektive der internationalen Experten und vieler Entwicklungshelfer, die auf die vielen Probleme des neuen Staates verweisen. Und es gibt den Optimismus vieler meiner südsudanesischen Gesprächspartner. Fast immer lautete ihre Antwort auf die Frage, wie sich der Südsudan entwickeln würde: „Jetzt geht es unserem Staat

noch schlecht. Aber in zehn Jahren wird alles anders sein.“ Doch woher sie diesen Optimismus nehmen, wie die schweren Probleme des Südsudan in so kurzer Zeit gelöst werden können, können auch sie nicht sagen. Doch für diesen Optimismus gibt es Gründe: 2 Millionen Flüchtlinge konnten in den letzten Jahren in ihr Land zurückkehren. Tausende Kilometer Straße sind minenfrei und können wieder befahren werden. Es sind unzählige Schulen und Kliniken neu gebaut worden, auch wenn es immer noch viel zu wenig sind. Und: Auch wenn sie arm sind, können viele Menschen erstmals seit Jahren wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen und hängen nicht mehr überall von den Lebensmittellieferungen der Vereinten Nationen ab. Wohin die Reise also letztendlich geht, kann ich auch nach dem Aufenthalt nicht sagen. Ein Polizeibeamter drückt einen Stempel in meinen Pass „Republic of South Sudan – Exit“.

23. Danksagung

Der Südsudan ist nicht Großbritannien oder Frankreich. In einem Land ohne funktionierendes Verkehrssystem und mit horrenden Übernachtungspreisen wäre diese Reise ohne logistische Unterstützung nicht möglich gewesen. Daher bin ich vielen Menschen im Südsudan und außerhalb zu besonders großem Dank verpflichtet. Vor allem geht mein Dank an:

- P. Frido Pflüger, Angelika Mendes, Lalu Angelo, Radha Pathmanathan, P. Kevin White, Antonia von Geyr und dem gesamten Team des Jesuiten Flüchtlingsdienstes für die tolle Gastfreundschaft, die großzügige logistische Unterstützung und viele Informationen rund um den Südsudan vor und während meines Aufenthaltes.
- Joachim Riegger, Uwe Balentin und Thomas Fritsch von der Bundespolizei sowie Kathrin Nutt, Nadja Awad und Dr. Manfred von Eckert von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Unterstützung meiner Recherchen in Juba
- Staatssekretär Mustafa Biong und Paul Jacob, Direktor für öffentliche Information im Ministerium für Information und Rundfunk der Republik Südsudan
- Allen meinen Gesprächspartnern, die ihre Geschichten mit mir geteilt haben, ohne mich zu kennen.
- Die Kolleginnen und Kollegen der DW Afrikaprogramme, die durch meine Abwesenheit sicherlich Mehrarbeit hatten. Namentlich seien hier Lina Hoffmann, Katrin Ogunsade, Stefanie Duckstein und Jan-Philipp Scholz genannt.

- Und natürlich danke ich auch ganz herzlich der Heinz-Kühn-Stiftung im Allgemeinen und Ute Maria Kilian im Besonderen. Nicht nur für das Stipendium, ohne das dieser Aufenthalt nicht möglich gewesen wäre, sondern auch für ihr großes Verständnis ob der vielen Unwägbarkeiten bei der Planung dieses Aufenthalts.